

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. — Alle Postanhalten, für Berlin alle Zeitungs-Expediteure, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsanzeige 25 Pf., Familienanzeigen 15 Pf., Preisveränderungen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O. Kreuzstraße 221/222. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Dr. Max Sirsch.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.
unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche
franco an den Verbandsverwalter Rudolf
Klein, N.O. Kreuzstraße 221/222, ein-
zuwenden sind. Für Mitglieder 50 Pf. pro
Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement
seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 11.

Berlin, 17. März 1905

Stebensunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Bergarbeiter-Novelle. — Vom richtigen Dienstzeugnis. — „Reine Mißstände auf der Zeche“. — An die preussischen Bergleute! — Wochenchau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände. — Gewerksvereins-Zeitung. — Verbands-Zeitung. — Anzeigen-Zeitung.

*. Die Bergarbeiter-Novelle.

Was die preussischen Bergarbeiter und ihre Freunde seit mindestens fünfzehn Jahren ersehnen und fordern, woran sie immer wieder, theils sanft, theils stürmisch vergebens gemahnt haben, das ist seit dem 8. März d. J., endlich wenigstens als Regierungsvorlage erschienen. Unter dem Titel: „Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865“ ist der Entwurf nebst Begründung an das Preussische Abgeordnetenhaus gelangt und damit auch der halben Million der betroffenen Arbeiter und ihren Genossen zur Kenntniss und Beurtheilung übergeben.

Biel Ungebuld und Schaden, grenzenloses pekuniäres und sittliches Unheil hätte verhütet werden können, hätten die Staatsleiter früher die Klinke der Gesetzgebung gegenüber der Bedrängnis ganzer Bevölkerungen ergriffen! Die wohlwollenden Vorschläge — wobei unsere Gewerksvereine und deren Vertreter mit an erster Stelle wirkten — waren da und im Wesentlichen anerkannt, und wenn nicht im kassenstarken Preussischen Landtag, so wären sie doch im demokratischen Reichstag ohne Schwierigkeit durchzubringen gewesen. Aber nein, es mußte nach allem anderen erst der Monatstreif des Ruhrkohlenreviers durchgemacht werden, um die maßgebenden Herren an ihre kategorische Pflicht gegen die hart und gefahrvoll Arbeitenden, gegen das Gemeinwohl zu erinnern. Wenn nur wenigstens jetzt der Preussische Landtag die späte Frist zur Reform, zu wirklicher, dauerhafter Verbesserung der Arbeitsverhältnisse nicht verjäumt! Aber auch dann könnte, darf es nicht bleiben! Dann wäre es die höchste Zeit, daß die Reichsregierung mit dem Reichstag einträte, und dann würde die Arbeit wenigstens möglichst gründlich und für das ganze Reichsgebiet besorgt werden.

Daß hiervon in der zunächst versuchten Beschränkung auf Preußen keine Rede sein kann, das steht leider für jeden Kenner der wirklichen politischen Verhältnisse fest; vom Dornstrauch kann man keine Trauben pflücken. Als die Realpolitiker, die wir von jeher waren, müssen wir daher auch auf eine ideal vollkommene Bergarbeiter-Gesetzgebung für Preußen verzichten. Wir müssen — vorläufig — zufrieden sein, wenn die dringendsten Uebel und Mißstände beseitigt und so abgestellt werden, daß die Arbeiter nicht thatsächlich alsbald von vorne unter ganz ähnlichen Mißbräuchen zu leiden und dann mit doppeltem Grimm dagegen anzukämpfen haben werden.

Von diesem maßvollen, aber energischen Standpunkte aus, welcher unseres Wissens auch der der großen Mehrzahl der Bergarbeiter ist, prüfen wir in Folgendem die Vorlage auf ihren wesentlichen Inhalt und Werth. Nebenamtliche, redaktionelle Erwägungen wären jetzt noch verfrüht. Es sei im Voraus bemerkt, daß die Materien der Zechenstilllegung und des Knappschafstwezens besonders dem Reichstag vorbehalten sind. Und ferner, daß von den 5 Abschnitten unseres Gesetzentwurfs die Regelung der Arbeitszeit, einschließlich der Seilfahrt, und die der Ueber- und Nebenarbeiten auf den Steinkohlenbergbau beschränkt

ist, während die 3 übrigen Abschnitte sich auf den gesammten Bergbau erstrecken; ob diese Unterschiede notwendig sind, soll hier nicht unterucht werden, da zunächst nichts daran geändert werden kann.

Wir wenden uns in erster Reihe zu den auf den ganzen Bergbau bezüglichen Reformen und beginnen mit der Abschaffung des sog. „Wagennullens“. Diese Bestimmungen bilden unbestritten den Glanzpunkt des ganzen Gesetzentwurfs. Sie sind klipp und klar, sie räumen unzweideutig und rücksichtslos mit einem der schwersten Mißbräuche des Bergknappenlebens auf, bei welchem nur zu bewundern ist, daß er sich trotz aller Widerlegungen und Beurtheilungen, speziell im Ruhrrevier, so lange, bis vor Kurzem selbst bei der Regierung, hat halten können. Die Pflicht des Bergwerksbesitzers, einen freigewählten Vertrauensmann der Arbeiter zur Ueberwachung des ganzen etwaigen Abzugsverfahrens — nur der ungenügenden oder vorwärts- widrigen Beladung der Fördergefäße gegenüber — zuzulassen, bestand zwar schon nach der Novelle von 1892 auf dem Papier; sie wird aber jetzt zur Wirklichkeit werden.

Die zweite allgemeine Reform richtet sich gegen die übermäßige Höhe der Geldstrafen von Bergarbeitern. Die Begrenzung nicht nur jeder einzelnen zu verhängenden Geldstrafe — wie bisher und bei den Fabrikarbeitern auf die Hälfte des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes —, sondern des Gesamtbetrages der im Laufe eines Kalendermonats gegen einen Arbeiter verhängten Geldstrafen auf den doppelten Betrag dieses Tagesarbeitsverdienstes ist sicher ein erheblicher Fortschritt. Es bleibt aber ernstlich zu erwägen, ob nicht diese Grenze, die sich 10 M. nähern kann, schon zu hoch gegriffen ist, da nach würdiger Auffassung des Arbeitsverhältnisses Geldstrafen überhaupt auf den Aussterbeetat gehören dürften; die organisirten Bergarbeiter haben sich in ihren Forderungen vom Februar d. J. für höchstens 4 M. als höchsten Monatsbetrag erklärt. Ein Fortschritt ist es ferner, daß die Strafgebühren nicht mehr, wie bisher, auch der Knappschafstasse, sondern nur einer besonderen Unterstützungskasse überwiesen werden dürfen. Dagegen entspricht es der Gleichberechtigung der Arbeiter keineswegs, daß an der Verwaltung dieser Unterstützungskasse der ständige Arbeiterausschuß nur „durch mindestens ein aus seiner Mitte gewähltes Mitglied theilhaftig sein muß“. Raffen, zu denen die Arbeiter — vielfach in gleichem oder überwiegender Masse wie die Besitzer — beitragen, müssen auch mindestens zur Hälfte von gewählten Arbeitervertretern mitverwaltet werden, sonst ist dem Mißtrauen und Mißbräuchen Thür und Thor geöffnet, was in einem ersten Reformgesetze nicht mehr vorkommen sollte! Daß die Arbeiter wohl befähigt sind, an der Verwaltung ihrer Unterstützungskassen in vollem Maße theilzunehmen, dürfte wohl heutzutage nicht bezweifelt werden.

Mit der dritten allgemeinen Aenderung, der obligatorischen Einführung ständiger Arbeiterausschüsse, hat der Novellentwurf prinzipiell einen wichtigen Schritt nach vorwärts gethan und den störrischen Arbeitgebern ein tüchtiges Paroli geboten. Wenn man bedenkt, wie diese gerade in jeder Arbeitervertretung den reinen Abgrund, die direkte Auslieferung an den Gottseibeiuns, der Sozialdemokratie, erblicken, so wird man den Muth anerkennen, den die strikte Auserlegung der, doch immerhin mit bestimmten Befugnissen ausgestatteten Arbeiterausschüsse, bei der Staatsregierung bekundet. Diese Ausschüsse haben Kompetenzen bezüglich der Fördergefäße, der Unterstützungskassen, des Inhalts der Arbeitsordnungen u. A., sie haben das Recht, Anträge, Wünsche

und Beschwerden der Belegschaft zur Kenntniß des Bergwerksbeständers zu bringen u. s. w. — das ist schon genug, um sie bei den Grubenmagnaten verhaßt zu machen.

Aber freilich ist es nicht genug, um solche Arbeiteraussschüsse zu wirklichen, zu wirksamen Arbeitervertretungen zu machen. Dazu fehlt ihnen insbesondere die Befugniß, Anträge, Wünsche und Beschwerden der Belegschaft zur Kenntniß auch der staatlichen Aufsichtsbehörden zu bringen. Und sie haben vor Allem nicht das Recht, für die Gesamtheit der Belegschaft bindende Erklärungen über Kündigung oder Wiederaufnahme der Arbeit abzugeben, wodurch allein ein legitimes und damit rechtlich geordnetes Verhalten im Arbeitsverhältniß, die Verhütung des so schwer beizutragenden Kontraktbruchs ermöglicht werden würde. Und endlich fehlt den Arbeiteraussschüssen, und somit den Arbeitern überhaupt, das hochwichtige Ehren- und Schutzrecht, durch Delegirte den Betrieb im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter zu überwachen, ein Anspruch, der bekanntlich schon vor Jahren nachdrücklich, auch Namens der Deutschen Gewervereine, im Preussischen Abgeordnetenhaus vertreten wurde. Für die staatlichen Saargruben hat die Regierung diese heilsame Einrichtung durchgeföhrt und sie hier, wie im Ausland, bewährt gefunden. Warum sie nicht auch, wenigstens für die Privat-Kohlengruben, in der Novelle vorgeesehen ist, das läßt sich nur als einen der zahlreichen Rückfälle in die alte Jaghaftigkeit gegenüber den „Arbeitsherren“ erklären.

Ein erheblicher Mangel der Novelle ist es ferner, daß in § 80 Absatz 3 der Erfaß wirklicher, von den Arbeitern freigewählter Arbeiteraussschüsse die Vorstände von Krankenkassen und andere bloße Surrogate von Arbeitervertretungen anerkannt bleiben, ja daß selbst in den neuen Arbeiteraussschüssen die Minorität der Mitglieder von Nichtarbeitern gewählt werden kann. Solche gemischten Körperschaften werden schwerlich von dem Vertrauen der Arbeiter getragen sein, auf dem ihre ganze Kraft und Zuverlässigkeit beruht! Ueberdies erwäge man wohl, daß die einzelnen Rechenvertretungen in den wichtigsten Funktionen mit den umfassenden, urkräftigen Bergarbeiter-Organisationen zu rivalisiren haben; und zu solchem Wettstreit um Bedeutung und Einfluß würden mindestens reine, echte Arbeiteraussschüsse erforderlich sein!

Nur kommen nun zu den beiden letzten Abschnitten, welche nur den Steinkohlenbergbau, und zwar die Regelung der Arbeitszeit in demselben betreffen.

Zunächst wird die regelmäßige Arbeitsdauer nach dem Prinzip des sanitären Maximal-Arbeitstages bestimmt; da dieses in der ganzen Gewerbeordnung maßgebend ist, so wäre es aussichtslos, es für den Bergbau, und speziell den Steinkohlenbergbau, allein bei dieser Gelegenheit, nur in der preussischen Gesetzgebung durch den absoluten Maximalarbeitsstag ersetzen zu wollen. Vom Standpunkt der sanitären Höchstgrenze dürften die Bestimmungen in der Hauptsache als zweckmäßig anerkannt werden. Bei einer gewöhnlichen Temperatur von mehr als + 22° C. darf die regelmäßige tägliche Arbeitszeit vom 1. Oktober 1905 ab 8 1/2 Stunden, vom 1. Oktober 1908 ab 8 Stunden nicht übersteigen. An den Betriebspunkten, an denen die gewöhnliche Temperatur mehr als + 28° C. beträgt, dürfen Arbeiter nicht länger als 6 Stunden täglich beschäftigt werden. Als Arbeitszeit gilt die Zeit vom Beginn der Seilfahrt bis zu ihrem Wiederbeginn.

Diese Bestimmungen erscheinen im Wesentlichen als angemessen; namentlich wird durch die Einrechnung der Seilfahrt ein Rattenkönig von Streitigkeiten und Erbitterung ausgemerzt. Sache der Bergbehörde, womöglich des Gesetzes, wird es sein, die Feststellung der Temperatur an den einzelnen Betriebspunkten gegen willkürliche Einflüsse, z. B. durch Einführung komprimirter Luft, zu sichern. Bezüglich der kürzeren Arbeitszeit sollten den zu heißen die zu nassen Arbeitsorte gleichgestellt sein, da sie in gleichem Maße durch längere Dauer die Gesundheit schädigen.

Einen schweren Mißbrauch, zumal im Steinkohlenbergbau, hat bisher das Uebermaß der Ueber- und Nebenarbeiten gebildet (von denen die ersteren sich unmittelbar, die letzteren nach einer Zwischenzeit sich an die regelmäßige Arbeitsschicht anschließen), wodurch die Begrenzung der gewöhnlichen Arbeitsdauer zum Schaden von Gesundheit und Leben zum Theil illusorisch gemacht wurde. Daß dies grundsätzlich von der Novelle anerkannt und hervorgehoben wird, ist sehr loblich, leider läßt aber die gesetzgeberische Durchführung zu wünschen übrig, die neuen Bestimmungen werden mehrfach verschärft werden müssen. So dürften die Arbeiter durch die Arbeitsordnung nicht verpflichtet werden, zum

Ausgleich von Betriebs- oder Abfahstörungen Ueber- und Nebenarbeiten zu versehen, wodurch ja regelmäßig ihre Gesundheit und dauernde Arbeitskraft gefährdet wird.

So dürfte an heißen Orten auch das freiwillige Verfahren von Ueber- und Nebenarbeiten nicht gestattet sein, wenn der Zweck der Beschränkung der Arbeitsdauer nicht durch Willkür oder Einfluß von oben vereitelt werden soll. Zweckmäßig dagegen ist die Feststellung der Zahl und Dauer der von den einzelnen Arbeitern in den letzten 12 Monaten verfahrenen Ueber- und Nebenarbeiten, um Mißbräuche nach dieser Richtung überwachen und beseitigen zu können. —

Gute Absichten enthält unzweifelhaft die Bergarbeiter-Novelle und zum Theil auch gute, zweckmäßige, schützende Vorschriften, so daß sie als ein Versuch im Sinne der Reform schwerer Verhältnisse einzuschätzen ist. In vielen anderen Bestimmungen leidet sie aber an bedauerlicher Halbheit und Unzweckmäßigkeit, welche dringend der Abstellung bedürfen, wenn der hohe und notwendige Zweck des neuen Gesetzes: eine wirkliche, dauernde Besserung der Zustände und Gesinnungen, erreicht werden soll!

Vom richtigen Dienstzeugniß.

Von Dr. jur. Arthur Brämann.

(Nachdruck verboten.)

„Auf Verlangen“ ist heute Angestellter, die als Handlungsgehilfen (Handelsgesetzbuch § 73), gewerbliche Arbeiter (Reichsgewerbeordnung § 118) oder überhaupt, nach dem allgemeinen bürgerlichen Recht durch einen gewöhnlichen Dienstvertrag verpflichtet, Dienste leisten (§ 630 Bürgerliches Gesetzbuch), von ihrem Chef, ihren Prinzipalen, ihren Vorgesetzten ein Zeugniß über Führung und Leistungen auszustellen. Die zahlreichen Streitpunkte, die sich auf diesem Gebiet bereits ergeben haben, will ich heute keineswegs ausführlich erörtern. Man hat darüber gestritten, ob es ein Zeugniß über Führung oder Leistungen oder nur ein solches über Führung und Leistungen giebt, ob also einem Angestellten, der nur ein Zeugniß über seine Leistungen fordert, ein solches auch über seine Führung ausgedrungen werden kann. Die Praxis verneint dies meistens und bejaht die Möglichkeit eines Attestes, in dem nur das eine oder das andere bescheinigt wird. Man streitet, ob das Zeugniß schon im Zeitpunkt der Kündigung oder erst bei der Beendigung ausgestellt werden soll. Hier ist man zweifelhaft. Unser Rath geht dahin, es, wenn irgend möglich, schon bei der Kündigung abzufassen. (Das läge auch durchaus im Interesse des Unternehmers. D. Ned.) Es ist entschieden worden, daß unberechtigte Vorenthaltung zum Schadensersatz verpflichtet, der sich recht erheblich gestalten kann, wenn eine Rechnung über entgangenen Verdienst in Folge Nichterlangung einer anderweitigen Stellung und der damit verbundenen Nachteile präsentiert wird. Es ist entschieden worden, daß die Berichtigung eines ungehörigen Zeugnisses nicht mittels Durchstreichung der unzulässigen Sätze, sondern durch Ausstellung eines neuen Zeugnisses zu erfolgen hat, und es sind noch mancherlei andere Fragen aus diesem Kapitel zur Erörterung gelangt, die jedoch an praktischem Interesse hinter den erwähnten zurückstehen.

Sie alle aber reichen nicht an die Frage heran, der die heutige Erörterung insbesondere gewidmet sein soll. Sie befaßt sich mit dem eigentlichen Inhalt des Zeugnisses und geht dahin: muß das Zeugniß objektiv richtig sein oder darf der Aussteller seinen subjektiven Anschauungen freien Lauf lassen? Muß oder darf ein Urtheil abgegeben oder müssen Thatsachen aufgezehrt werden, aus denen der Dritte erst Schlüsse ziehen kann? Diese Kern- und Haupt- nebst einigen mit ihnen verbundenen Nebenfragen sind durchaus nicht so unbestritten und unzweifelhaft, daß ihre Beantwortung klar zu Tage liegt.

Dies beweisen vor Allem einige Entscheidungen der Praxis, mit denen man sich keineswegs ohne Weiteres einverstanden erklären kann. So ein Urtheil des Oberlandesgerichts Hamburg, dem folgender Thatbestand zu Grunde lag: ein Reisender hatte auf seinen Wunsch ein Zeugniß über Führung und Leistung erhalten, das folgendermaßen lautete:

„Herr A. war bei uns vom September 1899 bis Februar 1901 als Reisender thätig. Er hat während dieser Zeit sich mit bestem Willen bemüht, Abschlässe zu erzielen, wenn auch häufig mit zweifelhaftem Erfolge. Seine Führung hat zu besonderen Ausstellungen keine Veranlassung gegeben.“

Der Reisende verlangte die Weglassung der Worte „wenn auch häufig mit zweifelhaftem Erfolge“ und „besonderen“. Seine Klage wurde jedoch abgewiesen, weil der Prinzipal nicht „wider besseres Wissen“ geurtheilt habe; ein von ihm pflichtmäßig nach seiner besten Ueberzeugung über die Führung und Leistungen abgegebenes Urtheil beruhe auf seinen subjektiven Wahrnehmungen und Ansichten; der Handlungsgehilfe habe nur dann ein Recht auf Berichtigung des Zeugnisses, wenn der Prinzipal unrichtige Thatsachen angegeben hätte. — Eine andere, gleichfalls nicht bedenkenfreie Entscheidung ist

die des Kammergerichts, die folgenden Fall zu beurtheilen hatte: der jahrelang als Wirtschaftsinспекtor thätig gewesene Kläger hatte folgendes Zeugniß erhalten:

Seine Leistungen und das Interesse für das Gut sind in letzter Zeit nach Aussprüchen des Verstorbenen, sowie auch in nachfolgender Zeit nicht so gewesen, wie man es hätte erwarten können."

Der Kläger verlangte ein wahrheitsgemäßes Zeugniß, in dem auch über seine Leistung und Führung ein Urtheil enthalten wäre. Diesmal beurtheilte das Gericht zur Aufstellung eines Zeugnisses und daß seine Leistungen und Führung im Dienste zu keiner berechtigten Klage Anlaß gegeben haben", gab aber eine Begründung, in der der Satz vorkommt, daß die Abänderung eines Zeugnisses nur verlangt werden könne, wenn der Dienstherr bei der Aufstellung des Zeugnisses „arglistig oder grob fahrlässig verfährt". — Ähnlich äußerte sich gelegentlich das Oberlandesgericht Kiel dahin, daß „das Gesetz dem subjektiven Ermessen des Prinzipals bei Abfassung des Zeugnisses freien Spielraum" lasse.

Aber ich möchte allen Beteiligten den Rath geben, sich diesen Anschauungen nicht anzuschließen, sondern lieber Folgendes zu beachten: die gesammte Literatur, insbesondere alle Kommentatoren und Schriftsteller, die das Recht der Handlungsgehilfen darstellen, äußern sich ganz übereinstimmend dahin, daß der Prinzipal im Zeugniß keinerlei unrichtige Angaben machen darf, daß er ein wahrheitsgemäßes Zeugniß ausstellen muß, und zwar ein objektiv wahrheitsgemäßes. Diese Ansicht steht in vollem Einklange mit der Anschauung der umfangreichen gewerbegerichtlichen Praxis, die ja viel älter ist als die der bürgerlichen Gerichte, weil der § 113 der Gewerbeordnung längst vorhanden war, bevor das Handels- und das Bürgerliche Gesetzbuch das dort bestimmte Zeugnisrecht nachbildeten. Die Gewerbegerichte in Berlin, Dresden, Königsberg, Halle, Frankfurt, aber auch bürgerliche Gerichte, wie die Landgerichte Berlin I und Dresden, vor Allem jedoch auch das Reichsgericht haben das Recht auf objektiv richtiges Zeugniß ganz übereinstimmend durchgeführt. — Selbstverständlich muß aber für das Gebiet der übrigen, insbesondere auch der handelsrechtlichen Dienstverträge das Gleiche gelten, da ja lediglich, wie gesagt, die betreffenden Bestimmungen dem Gewerbebereich nachgemacht worden sind, von einigen hier nicht in Betracht kommenden unwesentlichen Abweichungen abgesehen.

„Keine Mißstände auf der Zeche“.

Die Zeitungen der Kohlenbarone freuen sich über das Ergebnis der Untersuchungskommission auf der Zeche „Sterkrade". Dort soll kein Grund vorgelegen haben, der den Arbeitern hätte Anlaß geben können, in den Ausstand zu treten. Der Streik sei somit ein Frevdel und ein Uebermuth gewesen, entstanden durch Aufregung! Es kann nun zwar nicht meine Aufgabe sein, das Gegenheil für die Zeche „Sterkrade" zu beweisen, da ich diese nicht kenne, aber was manchmal bei solchen Untersuchungen seitens der Beamten zur Täuschung der Regierungskommissare angestellt werden kann, darüber wollte ich hier einige Mittheilungen machen.

Vor etwa 10 Jahren wurde auf sämtlichen Zechen im Oberbergamtsbezirk Dortmund eine amtliche Kontrolle ausgeführt. Ich bis zwölf Herren vom Oberbergamt führen zusammen in die Grube, um die der betreffenden Zeche nachgesagten Mißstände zu untersuchen. Dabei kam aber wenig heraus, obgleich genügend Mißstände vorhanden waren. Die Herren Zechenbeamten verstehen es nur zu gut, die amtlichen Kommissare um die Schäden herum zu führen. Das müssen sie vor Allem im Interesse ihrer eigenen Existenz thun. Für jede Unordnung trägt der Grubenbeamte die Verantwortung. Da hütet dieser sich natürlich, die Untersuchungskommissare mit der Nase darauf zu stoßen, weil es ihn seine Stellung kosten könnte, wenn gräßliche Dienstverletzungen gefunden würden. Manche Zechenbeamten kümmern sich aber viel weniger um die Ordnung in der Grube, als vielmehr um eine möglichst reiche Ausbeute, weil sie daran durch eine Lantieme interessiert sind. Für die Sicherheit und Ordnung im Betriebe des Bergbaues wäre es daher besser, wenn die Beamten ein festes, selbstverständlich ausreichendes Gehalt bekämen, statt zum Theil noch auf die Lantieme vom Förderquantum angewiesen zu sein.

Bei jener von mir genannten Kontrolle, in derjenigen Grube, in welcher ich damals arbeitete, wurden die Untersuchungskommissare in einer ganz raffinierten Weise betrogen. In der Grube wurde ein Betrieb für den Tag der Kontrolle stillgelegt und der Zugang mit altem Holz abgesehlag. Auf die Schienen wurde Staub und Dreß gebracht, und so sah diese Strecke, durch welche bis dahin pro Schicht 120—150 Wagen mit Kohlen rollten, als schon längst verlassen und außer Betrieb gesetzt aus. Vor wenigen Stunden war noch alles im Gange gewesen. Den Herren von der Untersuchungskommission kam die Sache vielleicht doch etwas verdächtig vor und sie wollten durch den Versuch in die Strecke eindringen. Der Beamte lag ihnen aber vor, die Strecke sei längst abgebaut. Die Revolutionsbeamten leuchteten mit den Lampen hinein und da machte der alte Staub auf den Schienen die Behauptungen glaubwürdig. Als die Kommission aus der Grube fort war, wurde der Betrieb in der alten Weise in dieser „toten" Strecke wieder aufgenommen.

Wir sagte einmal ein Fahrsteiger, es fehle dem Wetterstrom die

Kraft, er habe sich abgemüht, die Ursache zu erforschen, die Maschine habe noch eine größere Geschwindigkeit als früher und in den Gängen sei auch alles in Ordnung, aber es sei ihm nicht möglich, ein genügendes Quantum frische Luft durch die Grube zu führen. Hier konnte dem Uebel sehr bald abgeholfen werden, weil es nur daran lag, daß der Riemen auf der Scheibe zu schlaff geworden war. Die übrigen Beamten aber hatten sich gar nicht darum gekümmert, obgleich die einfache Ursache eine so weittragende Wirkung hatte. Wenn nun eine Untersuchung durch Herren vom Oberbergamt vorgenommen wird, dann wird natürlich die Ventilation durch Spannung der Riemen sehr stark gemacht und so hat man reichlich schöne, frische Luft in der Grube. Haben die Arbeiter vorher aber über schlechten Wetterstrom geklagt, so ist natürlich ihre Klage als unrichtig „erwiesen". Die Klagen der Arbeiter treffen in jeder Einzelheit natürlich nicht auf jede Zeche zu. Auf der einen ist es die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten, auf der anderen beschwert man sich über die Waschklaunen, dann wieder über die Ankleideräume, dort über die Schichtdauer, hier über die Seilsahrt oder über das Gezähe. In anderen Fällen ist es wieder die Verwaltung der Unterstützungsstellen durch die Beamten, in wieder anderen die Lohnzahlung, die Abzüge, das Barten der Pauer auf Grubenholz u. s. w. u. s. w. Die Arbeiterschaft eines Kohlengebietes wäre natürlich garnicht in der Lage, in jedem Einzelnen die Gesamtheit der Mißstände zu tragen. Die Mißstände selbst aber wirken auch auf diejenigen Arbeiter, die im gegebenen Falle garnicht davon getroffen sind. Hier füllt sich die Bergarbeiterschaft als eine Gemeinsamkeit, welche den ganzen Schmerz fühlt, der einem Gliede zugesügt wird.

Die Klagen der Bergarbeiter haben auch das Ohr der Regierung gefunden und so ist ein Gesetzesentwurf in Aussicht gestellt, welcher das Nullen der Wagen beseitigen und die Schichtzeit regeln soll. Auch sollen obligatorische Arbeiterausschüsse eingesetzt werden. Diese Ausschüsse müssen die Uebelstände an richtiger Stelle melden, und würde ihnen die Abhilfe nicht zugesichert, so könnten sie sich direkt an das Oberbergamt wenden. Die Arbeiter müssen ferner Gelegenheit haben, sich an der Grubenkontrolle zu beteiligen, wie dies wiederholt namentlich von unserm Verbandsanwalt im Abgeordnetenhause ganz mit Recht verlangt worden ist. Die Arbeiter würden die Mißstände schon finden, um die heute die Kontrollbeamten herumgeführt werden. Die Arbeiter dürfen die ihnen bekannten Mißstände der Bergbehörde nicht melden, weil sie sonst brodblos, oder wenigstens so gezwickt werden, daß sie dann von selbst gehen. Einem Arbeiter war zu wenig Lohn gezahlt worden und da ging er an das Gewerbegericht und klagte dort sein Recht ein, und bekam es auch. Der Arbeiter wurde dafür entlassen und von Zeche zu Zeche gejagt, weil jede immer bald wieder den Grund der Entlassung erfährt. So wurde der arme Teufel mehrere Jahre hindurch verfolgt und in seinem Eintommen schwer geschädigt. Vorgänge dieser Art regen Tausende Bergarbeiter auf, weil sie von dem Gefühl bedrückt werden, nun nichts sagen zu dürfen, weil es ihnen dann gerade so gehen würde. Die Arbeiter sind nicht so kluge und gebildete Menschen wie die Zechenherren, die immer einen Weg finden, sich in aller Ordnung zu ihrem Recht zu verhelfen.

In der Arbeiterschaft als Masse spielt das Gefühlsempfinden eine weit größere Rolle, als der Verstand, abwägende Verstand. Das Gefühl ist aber eine sehr empfindliche Seite im menschlichen Leben, ganz besonders bei den Arbeitern. Ueber Sachen des Verstandes läßt sich mit scharfen Gründen für und wider kämpfen und die Kämpfenden werden darum in der Regel wenigstens einander nicht böse. Ueber das Gefühl aber läßt sich nicht streiten. Das Gefühl der Arbeiter wird durch tausend Kleinigkeiten immer von Neuem verletzt, kommt dann die Untersuchungskommission, so mögen, vom scharfem Verstande geprüft, manche Dinge oft wirklich nur „Kleinigkeiten" sein, aber ihre Wirkung ist um deswillen eine so erregende, weil sie immer von Neuem auf die Arbeiter drücken. Auch mit Nadelstichen kann man schließlich einen Menschen tödten, ein einzelner Nadelstich ist aber nicht sichtbar.

Verbandsgenossen, wir haben aus dem Streik viel gelernt. Wir haben gelernt, einig sein zu müssen, und haben klar erkannt, welche Ursachen die Einigkeit der Arbeiter bisher verhinderte. Für die Dauer des Streiks gab es keine religiösen oder parteipolitischen Streitfragen. Diese giebt es in unserm Gewerksverein der Bergarbeiter, der auf neutralem Boden steht, überhaupt nicht. Darum lehrt uns der Streik, daß wir uns um der Einigkeit willen auf dem Boden der Gewerksvereine zu mächtigen Verbänden zusammenschließen müssen.

Mit herzlichem Gildank!
E. E. S., Berginvalide.

An die preussischen Bergleute!

Kameraden! Die Revier-Konferenz in Essen am 9. Februar 1905 beauftragte die unterzeichnete Kommission, die nöthigen Schritte zu thun, um bei der Durchführung der angekündigten Berggesetzreform die Interessen der Bergarbeiter energisch zu vertreten. Da nun der von der Regierung angekündigte Gesetzesentwurf betr. Bergarbeiter-schutz vorliegt, derselbe aber den Wünschen der Bergarbeiter in vielen Theilen nicht entspricht, so erachten wir es für unsere Pflicht, einen Bergarbeiter-Delegirtenkongress für Franken einzuberufen, um allen

preussischen Bergbau-Revidieren Gelegenheit zu geben, Stellung zu der Gesetzesreform zu nehmen.

Der Delegierten tag tritt zusammen am 28. März 1905 in Berlin, Vormittags 10 Uhr und tagt im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15.

- Für die Tagung sind 3 Tage vorgesehen.
- Als vorläufige Tagesordnung setzen wir fest:
 1. Konstituierung des Bureaus und der evtl. Kommission.
 2. Berggesetzgebung im Allgemeinen. Referent: Otto Hüé.
 3. Die Gesetzesnovelle über die Besetzungstilllegung. Referent Hermann Köster.
 4. Die Gesetzesnovelle über die Bergarbeiterverhältnisse:
 - a) Dauer der Schichtzeit und Uebererschichtenwesen. Referent Fritz Hufemann,
 - b) Arbeiterausschüsse. Referent: Johann Effert,
 - c) Grubenkontrolle. Referent: Karl Kühme,
 - d) Bagennellen. Referent Bernhard Hammacher,
 - e) Strafwesen. Referent: Josef Regulski,
 - f) Frauen- und Kinderarbeit. Referent (wird noch bestimmt).
 5. Reform des Knappschaftswesens. Referent: Hermann Sachse.
 6. Normal-Arbeitsordnung. Referent: Heinrich Hansmann.
 7. Sonstige Anträge.

Die unterzeichnete Kommission wird an alle auf dem gewerkschaftlichen Boden stehenden Bergarbeiter-Organisationen in Preußen spezielle Einladungen ergehen lassen, da die Wahl der Delegierten den Organisationen überlassen bleibt. Wir bitten die genannten Bergarbeiterorganisationen, ihre etwaigen Anträge zur Berggesetzreform zu formulieren und der unterzeichneten Kommission bis spätestens 21. März einzusenden. Die Kosten der Delegation trägt jede Organisation für sich.

Mit kameradschaftlichem Glück auf!
Die Siebener-Kommission:
Effert. Kühme. Sachse. Hansmann. Regulski. Korpus.
Hammacher.

Wochenchau.

Am Freitag voriger Woche verhandelte das preussische Abgeordnetenhaus über die Lage der Eisenbahner. Unser Verbandsredakteur, Abg. Goldschmidt, trat energisch für die Arbeiter, Vorarbeiter und Handwerker in den Eisenbahnwerkstätten ein. Redner kritisierte die geringen Löhne und die neue „Lohnregulierung“, durch welche vielfach das Einkommen der Eisenbahner vermindert worden ist. Der neue Lohnsatz sei ohne Mitwirkung der Arbeiterausschüsse, ganz von oben herab und rein schematisch festgesetzt worden. In die 3 Millionen-Frankenklasse würden die Arbeiter durch moralischen Druck hineingezwungen und auf diese Weise um ihr Koalitionsrecht gebracht. Für die amtliche Kasse werde in geradezu marktschreierischer Weise Propaganda gemacht. Durch die Verkümmern des Koalitionsrecht der Eisenbahner würden nur Heuchler und Speichellecker erogen. Näher besprochen wurden die Vorgänge in den Werkstätten zu Herode, Osabrück und Oppum bei Krefeld. Auch mit einem Werkführer der Oppumer Werkstatt ging unser Redakteur scharf ins Gericht. Redner verlangte, daß die Arbeiterausschüsse für allen ersten Fragen herangezogen und nicht bloß zu Dekorationszwecken benutzt würden. Insbesondere auch in den Fragen der Lohnregulierung müsse der Arbeiterausschuss herangezogen werden. Unser Redakteur trat dann noch für den von den Kollegen Dejer, Dr. Wiemer und ihm gemeinsam gestellten Antrag ein, den Lohn für Nachtarbeit höher zu bemessen und ausreichende Erholungspausen vorzusehen. Die Arbeiter und unteren Beamten müßten auch Zeit finden, sich wieder zu erfrischen und neue Kräfte zu sammeln. Zu diesem Zweck müsse auch den Arbeitern ein Sommerurlaub bei Fortzahlung des Lohnes gewährt werden. Bei dem nächstjährigen Etat sei Rücksicht darauf zu nehmen, daß inzwischen die erhöhten Zölle auf Lebensmittel in Kraft getreten seien. Die Arbeitsverhältnisse in den Staatswerkstätten müßten so gestaltet werden, daß sie das schöne Wort wahr machten: „Unsere Staatswerkstätten sollen soziale Musterwerkstätten sein!“

Der Herr Minister antwortete in sehr erregter Weise und machte unserem Redakteur indirekt den Vorwurf, daß er Unzufriedenheit unter die staatlichen Arbeiter habe säen wollen. Als ob diese Unzufriedenheit nicht bereits in hohem Maße vorhanden wäre! Im Uebrigen suchte der Herr Minister die Sache so darzustellen, als ob bei den Eisenbahnern Alles in bester Ordnung wäre und berechtigte Beschwerden derselben es garnicht geben könne. Vorher waren aber auch vom Centrumsbüro. v. Savigny mehrere Beschwerden vorgetragen worden, während der Centrumsbüro. v. Savigny erklärte, daß er die Ausführungen des Abg. Goldschmidt bezüglich der Löhne nicht billige. (.)

Obgleich sich der Herr Minister sehr abfällig ausgesprochen hatte über die auf dem Gebiete des Koalitionsrechts liegende Thätigkeit des Führers vom Trierer Verband Holz, fand Herr v. Savigny kein Wort der Vertheidigung für das Koalitionsrecht der Eisenbahner. Der Minister hatte gesagt:

„Glauben Sie, daß der Mann (Holz) wirklich die Befähigung dazu besitzt und

die Möglichkeit hat, sich darauf zu orientieren, daß er die Klagen und Beschwerden objektiv beurtheilen und begründet vorbringen kann? (Sehr richtig! rechts.) Soll ich mir die staatlichen Arbeiterausschüsse von ihm desorganisieren lassen? In den Werkstätten sind überall Arbeiterausschüsse; das sind die berufenen Organe, die Klagen der Arbeiter zur Sprache bringen können. (Sehr richtig!) Wenn nun Arbeiter den Arbeiterausschuss eliminieren und zu Herrn Holz nach Trier gehen, so verstehe ich nicht, weshalb man noch Arbeiterausschüsse hat? (Sehr richtig!) Deshalb habe ich angeordnet, daß derartige Klagen von dem Trierer Verbande nicht mehr entgegen genommen werden. (Bravo!)“

Diesem schweren Angriff ließ der Centrumsbürogeordnete v. Savigny ruhig passiren!
Die Konservativen bemühten sich natürlich mit vielem Eifer, dem Herrn Minister beizuspringen.

Wer in einem Parlament, in welchem die politische und wirtschaftliche Reaktion so übermächtig ist, wie im preussischen Abgeordnetenhaus, die Wünsche der Arbeiter ungeschminkt zum Ausdruck bringt, wie es unser Redakteur gethan hat, der hat natürlich bei diesen Herrschaften in's Bettmäpfchen getreten.

Im Centralorgan der sozialdemokratischen Partei, im „Vorwärts“, lesen wir:

Bitte! Warum so genant?
Der Dirsch-Dunder'sche „Gewerksverein“ will es nicht wahr haben, daß der übergroße Theil der Unterstützungen für die kämpfenden Bergarbeiter aus den Kreisen der sozialistischen und der frei-gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stammt. Die Feststellung dieser Thatfache sei „ein sonderbarer Dank an die Arbeiterchaft des Ruhrgebietes, die sich so einmütig und tapfer während des Kampfes gezeigt hat.“ - Nein - diese Feststellung war nicht hwenbig, weil versucht worden ist, der deutschen Arbeiterchaft den Vorwurf zu machen, sie habe in diesem Falle ihre Pflicht nicht gethan, sich wohl gar von bürgerlichen Kreisen überretten lassen!

Der „Gewerksverein“ fährt fort:
„Jetzt versucht man es so darzustellen, als wären die Gewerksvereiner elements im Stich gelassen worden von ihren Freunden. Es giebt keine größere Unwahrheit. Wollten wir die für unsere beim Kampfe theilhaftigen Verbandsgenossen veranstaltete Sammlung auf den Kopf der Mitglieder berechnen, so würde der Durchschnittsbeitrag höher sein, als der, den die drei übrigen Organisationen zusammengenommen pro Mitglied haben sammeln können.“

Aber bitte, lieber „Gewerksverein“! Eine solche Aufstellung würde gewiß interessiren! Wie wir aus der Seite 87 des „Gewerksvereins“ (d. h. derselben Nummer) entnehmen, quittierte der Kassirer des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine am 4. März 41 426,57 Mk. Wie groß oder vielmehr wie klein muß nun der Dirsch-Dunder'sche Bergarbeiter-Verein sein, damit der Durchschnittsbeitrag eines Mitgliedes höher sein muß, als bei den übrigen Organisationen? Wenn ja, so hat sich gerade bei der Unterstützung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet erwiesen, daß die so oft gepriesene finanzielle Leistungsfähigkeit der Dirsch-Dunder'schen Gewerksvereiner für die Kap' ist!

Wir bitten noch einmal nachzulesen, was die sozialdemokratischen Bergarbeiterführer nach dem Streik gesagt und was vorher schon der „Vorwärts“ behauptet hatte. Die Gewerksvereiner sollten elegendlich im Stich gelassen sein und nur der großen Güte der Sozialdemokratie sei es schließlich zu danken, wenn die Gewerksvereiner im Bergarbeiterkampf nicht verhungerten. So ungefähr war es doch. Dagegen müßten wir uns wehren, zumal es thatsächlich eine Unwahrheit ist, daß der größte Theil des Geldes für die streikenden Bergarbeiter von Sozialdemokraten aufgebracht wurde. Das mag der „Vorwärts“ seinen Lesern aufbinden können, andere Menschen glauben nicht daran! Unser Gewerksverein der Bergarbeiter ist allerdings klein, er hat erst das erste Laufen seiner Mitgliederzahl überschritten. Thatsächlich aber hat keine Organisation ihre am Kampfe theilhaftigen Mitglieder so ausreichend unterstützen können, wie dies die theilhaftigen Gewerksvereine zu thun vermochten. Unsere Verbandsgenossen im ganzen Reich, und besonders aber im Ruhrgebiet, werden angesichts der materiellen Noth des sozialdemokratischen Verbandes der Bergarbeiter sich gewiß nicht genug haben wundern können über die kluge Behauptung im „Vorwärts“, daß gerade bei Unterstützung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet sich die „finanzielle Leistungsfähigkeit der Dirsch-Dunder'schen als für die Kap'“ erwiesen habe.

Wo wäre der alte Bergarbeiterverband hingelommen, ohne die reichen Geldmittel aus bürgerlichen Kreisen! Durch seine dummen Redensarten sorgt der „Vorwärts“ dafür, daß darauf immer wieder von Neuem hingewiesen werden muß.

Die Grubenbarone lassen sich in ihr Häußchen über den Partei-Frakel, den die Sozialdemokraten und das Centrum im Ruhrgebiet veranstalten. Während des Streiks waren die Arbeiter einzig. Diese Einigkeit darf aber nicht von Dauer sein, weil sie sonst gegen parteipolitischen Schaden könnte. Denn diese Einigkeit beruhte auf der parteipolitischen Neutralität. Der Streit darüber, in welcher Partei man am besten sich verhalten könne, war ausgeschaltet, weil die Arbeiterchaft wußte, daß sie nur dann den Unternehmern und der gesammten Oeffentlichkeit imponiren konnte, wenn sie einzig ist. In den praktischen Arbeiterfragen ist die Arbeiterchaft im Wesentlichen schon lange einzig. Durch die Parteibrille besehen, giebt es indes kaum eine größere Uneinigkeit in der ganzen Welt, wie sie unter der Arbeiterchaft Deutschlands vorhanden ist. Die Neutralität könnte zu Toleranz und Liberalität verführen. Da kämen dann die Sozialdemokraten und das Centrum um ihre Parteigänger. Also führen Centrum und Sozialdemokratie einen tobenden Kampf im Ruhrgebiet, jede Partei sucht ihre Parteigänger zu reklamiren.

Arbeiter
Lamp
artige
demol
darnu
natür
Gewer
über
einige
täusch
träten
Zeitun
bürger
demol
nicht
Arbeiter
wirthe
freund
blatt
Partei
Arbeiter
schöne
Anstuf
wiltger
Berga
und d
und h
ausger
nicht
N
einberu
mentar
Person
hundert
oder ga
der Zeit
tagsabg
Lein
E n p o
dann all
die Sch
die Kul
zu seine
den Aus
lich die
erreicht
Regierun
sahrung
wechslu
Lump!
Der Vor
zu jegen
montane
nach gep
mit allen
und stell
hin.
Lärmenbe
schwartz
wurde et
nicht alle
konnte r
folgten r
tritte. G
schen man
lland als
langer B
das Cent
Di
die Parti
gehen.
Unf
nicht da
widert,
sation ab
in dieser
der Bod
als ein
um die
sation th
politisch
Zur
vieles M
ist, hat e
Pauland
mit der
für das
und 60

Beranlaßt worden ist dieser Kampf um das politische Füll der Arbeiter durch die Sozialdemokratie. Den Führern im Bergarbeiterkampf war zum Vorwurf gemacht, daß sie eine „herrliche und eigenartige Gelegenheit“ zu einer „Massenpropaganda für die sozialdemokratische Partei“ veräumt hätten, obgleich das ganze Ruhrrevier darnach „gedurftet“ habe. Nun müssen sich die so Getadelten natürlich bemühen, den „Fehler“ wieder gut zu machen. Auch die Gewerkschaftsblätter stecken ihre Nase in diesen Streit und spotten über „die parteipolitische Neutralität“ der wirtschaftlichen Vereinigungen. Diese Neutralität sei entweder ein Irrtum, eine Selbsttäuschung oder gar ein Schwindel! Die politischen Parteien vertreten bestimmte wirtschaftliche Interessen. Die Metallarbeiterzeitung verlangt sogar, daß die Arbeiter ihr „Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien klären“ und sich ausnahmslos der Sozialdemokratie anschließen. Wenn die Arbeiter, die der Sozialdemokratie nicht angehören, diesen Rath befolgen wollten, so wäre dies für die Arbeiterfrage von großem Nachtheil. Die Arbeiter sind in allen wirtschaftlichen wie politischen Fragen auf die Mitwirkung vorkommlicher bürgerlicher Parteien angewiesen. Ein Gewerkschaftsblatt sollte sich daher besser nicht dazu hergeben, für eine bestimmte Partei Propaganda zu machen; dies kann nur während in die Arbeiterbewegung eingreifen.

Wie es gegenwärtig im Ruhrgebiet um die vor Kurzem noch so schöne Einigkeit der Arbeiter bestellt ist, darüber giebt ein Bericht Auskunft, den die „Vossische Zeitung“ veröffentlichte. Er betrifft den wüthenden Kampf zwischen Centrum und Sozialdemokratie um die Bergarbeiter. Das Centrum packt den Bergarbeiter am rechten Arm und die Sozialdemokratie am linken und so wird der Knappe her- und hinübergezogen und schließlich werden ihm wohl noch beide Arme ausgeerent, so daß er dann ganz ohnmächtig da steht und sich gar nicht mehr wehren kann gegen seine wirtschaftlichen Bedrücker.

Also lesen wir in der „Vossischen Zeitung“:
In allen Gegenden des großen Essener Reviers fanden vom Centrum einberufene Massensammlungen statt, in dem die hervorragendsten Parlamentarier predigen sollten. Im Kolosseum in Essen füllten mehr als 4000 Personen den großen Saal, und auf den Galerien hatten sich mehr als hundert Sozialdemokraten niedergelassen, um die Versammlung zu stören oder gar zu sprengen. Als nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden der Leiter des Centralwahlkomitees der rheinischen Centrumpartei, Reichstagsabgeordneter Trimborn, reden wollte, flogen tausende kleiner Flugblätter gleich Schneeflocken von den Emporen in den Saal. Die Ultramontanen waren Anfangs sprachlos, dann aber entstand ein fürchterlicher Lärm; kräftige Centrumsleute packten die Schuldigen und warfen sie unter Gejohle zum Saal hinaus. Nachdem die Ruhe wieder hergestellt worden war, sprach Abg. Justizrath Trimborn zu seinen Anhängern, die fast sämtlich dem Arbeiterstand angehörten, über den Zustand und seine Folgen. In den prächtigen Farben wurden natürlich die Verdienste des Centrums um die Sozialpolitik gemalt. Was jetzt erreicht worden sei, habe das Centrum seit Jahrzehnten erstrebt; hätte die Regierung auf das Centrum bei Zeiten gehört, dann wären die bitteren Erfahrungen während des Ausstandes dem Volke erspart geblieben. Zur Abschaltung entstand oben wieder heftiges Gepolter. Rufe: Heraus! Wü! Wump! verbanden sich zu einem mehr als fünf Minuten dauernden Lärm. Der Vorsitzende ersuchte handfeste Parteileute, die Störenstrebe vor die Thür zu setzen. Ein wildes Lohwobohu griff um sich, fortbauend zeigten Ultramontane mit den Fingern auf anwesende Sozialdemokraten, die der Reihe nach gepackt und hinausgeworfen wurden. Trimborn beschäftigte sich sodann mit allen Punkten des jüngst vergangenen politischen Lebens in Deutschland und stellte das Centrum als die Seele aller sozialpolitischen Errungenschaften hin. Aber noch immer waren Sozialdemokraten anwesend. Die dritte lärmende Unterbrechung begann. Es war noch toller als zuvor. Im Zuschauerraum bildeten sich Gruppen um die Sozialdemokraten; hier und dort wurde ein kleiner Ringkampf angeführt, denn die „Genossen“ folgten nicht alle friedlich der Aufforderung, das Vokal zu verlassen. Der Vorsitzende konnte mit seinem Schellchen keine Ruhe schaffen; selbst die Parteileute folgten nicht seinen Worten, denn um sie herum gab es interessantere Auftritte. So vergingen wieder mehr als fünf Minuten; der letzte Störenfried schien nach dieser rabiaten Säuberung hinauskomplimentirt worden zu sein. Und als konstatiert wurde, „daß wir nun endlich unter uns sind“, da erscholl langer Beifall und freudiges Händeklatschen. Trimborn konnte fortfahren, das Centrum über den grünen Klee zu loben.

Die Unternehmer können lachen! Bei diesem Streit um die Parteizugehörigkeit der Bergarbeiter kann es ihnen nicht schlecht gehen.

Unsere Verbandsgenossen im Ruhrgebiet werden es aber gewiß nicht daran fehlen lassen, alle diejenigen Bergarbeiter, die es anwidert, an solchem Streit theilhaftig zu sein, für unsere Organisation zu gewinnen. Die Deutschen Gewerksvereine müssen gerade in dieser Zeit des Streits sich stark entwickeln können, weil allein der Boden der Gewerksvereine geeignet ist, alle deutschen Arbeiter als ein einheitliches großes Ganzes zusammen zu fassen. Wer sich um die Parteifragen streiten will, mag dieses außerhalb der Organisation thun. Die Berufsvereine müssen um ihrer selbst willen parteipolitisch frei und unabhängig sein.

Zur Wohnungsreform. In Ulm a. D., wo seit Jahren so vieles Musterhafte bezüglich der Lösung der Wohnungsfrage geschehen ist, hat eine im vorigen Jahre errichtete Baugenossenschaft 3/4 Hektar Bauland von der Stadtgemeinde im Erbbaupertrag auf 10 Jahre mit der Aussicht auf Vertragsverlängerung übernommen. Der Zins für das Pachterhältnis wird je nach Lage des Blockes zwischen 20 und 60 Pfg. für das Jahr betragen. Die Genossenschaft hat das

Recht, Familienhäuser an ihre Genossen zu übertragen und denkt neben Miethhäusern, besonders auch für Geschäftsleute und Geschäftszwecke, etwa 40 Familienhäuser zu erstellen. Nachdem die Stadtverordneten den Vertrag genehmigten, wird alsbald mit dem Bau begonnen. Die Stadtgemeinde erstellt und unterhält Straßen, Kanäle und Straßenbeleuchtung auf ihre Kosten.

Die Tarifbewegung der Schuhmacher in Weiskensels ist immer noch unentschieden. Aus Weiskensels erhalten wir darüber folgende Zuschrift: Redliche Mühe, eine Verständigung herbeizuführen, gab sich der Fabrikinspektor von Metzeburg, der mehrere Tage in Weiskensels weilte, jedoch vergebens. Der Fabrikantenverein will nicht verhandeln und behauptet, das Schuhmachergewerbe eigne sich nicht zu Tarifgemeinschaften, wegen der verschiedenen Qualitäten, Moden, Einrichtungen und Maschinensysteme. Das Verlangen nach schriftlichen Arbeitsverträgen sei eine Ueberhebung der Arbeiterorganisationen, eine Etappe auf dem Wege der Eroberung der wirtschaftlichen Macht. Wenn der Arbeitslohn erst die Zustimmung der Tarifkommission haben müsse, bleibe dem Unternehmer nur noch das Recht, sein Geld zu riskiren, um als Eigentümer seines Betriebes zu gelten. Diese öffentlich verkündete Erklärung kennzeichnet den Herrenstandpunkt, wonach die Festsetzung des Arbeitsvertrages ein unumstößliches Recht des Unternehmertums ist und Arbeiterorganisationen nur insoweit keinen Widerstand erleiden, als sie das Herrenrecht unangetastet lassen. Unter den stolzen Fabrikherren ist mancher arme Teufel, der früher am Zwischloch oder an irgend einer Maschine gearbeitet hat, dann sich etablierte, Schuhfabrikant wurde und jetzt mit Rossen und Landauer durch die Straßen fährt. Auch Eugen Wallbaum, früher rabiatler Sozialdemokrat, gehört jetzt zum Fabrikantenverein. Natürlich sagte der Renegat, als er zum Herrenstand aufstieg, sich öffentlich von der sozialdemokratischen Partei los. Man braucht nicht gerade als ostelbischer Junker zur Welt zu kommen, auch arme Schlucker, die es zu etwas bringen, haben feudale Reigungen. Im Ganzen hat Weiskensels jetzt 18 solcher Schuhfabrikanten, die im Jahre 1897 bei der Aussperrung als Arbeiter Streikunterstützung bezogen. Da ist es kein Wunder, wenn bei der gegenwärtigen Tarifbewegung die Arbeiter keinen sonderlichen Respekt vor den Herren Fabrikanten haben. Mancher Duzbruder ist von früherher dabei. Ende voriger Woche nahm die Tarifkommission eine Statistik auf, welche ergab: In 11 Betrieben ruht die Arbeit gänzlich. In 29 Betrieben sind 1971 Arbeiter ausständig. Die Zahl der Arbeitswilligen, meist jugendliche und weibliche, beträgt 499. Bewilligt und unterschrieben haben nur nichtorganisirte Fabrikanten, deren Betriebe vollauf beschäftigt sind. Neuerdings nahm der Fabrikant, Julius Schnur, Gelegenheit, öffentlich zu erklären, daß er ein Freund der Lohnarbeitsbewegung im Allgemeinen sei; er habe aber den von der Tarifkommission aufgestellten Originaltarif noch nicht voll und ganz angenommen. Er fabrizire vornehmlich Qualitätsartikel und keine Weiskenseler Stapelartikel, in Folge dessen er es mit oft wechselnden kleinen Aufträgen zu thun habe. Er sei deshalb gezwungen, wenn er gute Waare führen wolle, auch gute Arbeiter sich zu halten und dementsprechend zu bezahlen. Er erkläre aber auch in dem Tarifvertrage mit ein Mittel, höhere Preise für die Fabrikate zu erzielen. In seinem Tarif habe er sich vorbehalten, die Löhne bei maschinellen Neueinrichtungen nach eigenem Gutdünken, ohne Einspruch der Tarifkommission, zu reduzieren oder zu erhöhen, dagegen sei bei allen Änderungen die Zahlung des früheren Wochenlohnes gewährleistet. Zu der letzten Aeußerung kann bemerkt werden, daß die Tarifkommission sich keineswegs anmaßt, in alle Kleinigkeiten einzumischen, sondern nur darauf hält, daß bei Einföhrung anderer oder neuer Maschinen, die eine Stücklohnveränderung bedingen, dem Arbeiter ein bestimmter Durchschnittslohn garantirt ist.

Wer hat Recht? Unter dieser Ueberschrift erörtert ein Dr. Michels in der sozialdemokratischen Dortmunder Arbeiter-Zeitung die Frage: Wie hat sich die Sozialdemokratie zu der Frage nach der „Gerechtigkeit“ eines Streiks zu stellen. Da weist er zunächst darauf hin, daß die Revisionisten in der Partei die Frage durch die Formel lösen wollen: Ein Streik ist gerecht, wenn er Aussicht, ja Sicherheit auf Erfolg hat. Diese „Genossen“ verwechselten aber den Begriff der Gerechtigkeit mit dem der Zweckmäßigkeit. Karl Marx beurtheilte die Frage im 1. Bande des Kapitals vom rein wirtschaftlichen Standpunkte aus dahin, daß der Arbeitgeber als Käufer der Arbeitskraft diese auf das höchste nutzbar zu machen suche, indem er den Arbeitstag soweit verlängere, um womöglich 2 Arbeitstage dabei herauszuschlagen. Damit handele er nur gemäß seines Rechtes als Käufer. Aber auch der Arbeiter übe nur sein Recht als Verkäufer aus, wenn er bestrebt sei, seinen Arbeitstag auf eine normale Höhe zu reduzieren. So siehe Recht gegen Recht und beiden Faktoren sei dieses Recht durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage garantirt. Zwischen beiden Rechten könne also nur die Gewalt entscheiden. Der gute Dr. Michels nennt dies eine „unilbertreffliche“ Darstellug. Daran erkennt man den Kurtheoretiker. Zur Ehre von Karl Marx möchten wir annehmen, daß er, lebte er noch heute, anders schreiben würde. Die Sonderrechte der Unternehmer und der Arbeiter stehen unter dem Einflusse des wirtschaftlichen Interesses der Gesamtheit. Dieses Interesse zwingt beide Theile einander zu begegnen bis zu dem Punkt, der

das gemeinsame Interesse beider Theile an der Förderung der Arbeit und ihres Erfolges bestimmt.

Wäre die Theorie von Karl Marx zwingend richtig, dann kämen wir heute aus den Streiks überhaupt nicht mehr heraus. So rein abstrakt beurteilt, müßten die einander entgegenstehenden Sonderrechte den Krieg zwischen Unternehmern und Arbeitern zu einem ununterbrochenen machen. Tatsächlich aber wächst bei den Unternehmern wie bei den Arbeitern — siehe den Leitartikel in Nr. 10 — das Verständnis für das gemeinsame Interesse beider Theile an einer gesunden Entwicklung des Erwerbslebens. Hierzu hilft noch wesentlich mit, daß die Arbeiter als Masse auch als die wesentlichen Mitverbraucher der produzierten Waaren in Betracht kommen.

Dr. Michels will mit seinem Artikel das Andenken an Marx feiern, das ist ihm aber gründlich vorbeigelungen. Er läßt Marx die „Bemerkung“ machen, daß einer späteren Generation das Privateigentum an Grund und Boden und den anderen Arbeitsmitteln ebenso absurd vorkommen werde, wie bereits der jetzigen, d. h. also der Generation von Karl Marx, das Privateigentum an Menschen, d. h. die Sklaverei, als ein Unrecht vorkomme. Also wird eine so wichtige Frage kurzer Hand durch eine „Bemerkung“ erledigt. Bis jetzt sieht es übrigens gar nicht darnach aus, daß die menschliche Gesellschaft jene „Bemerkung“ wahr machen wird. Vorläufig vertreten die Sozialdemokraten selbst das Gemeineigentum nur rein theoretisch. Wer von den Sozialdemokraten Privateigentum erwerben kann, und dieses war manchem von ihnen möglich, der hält es fest. Unter den Sozialdemokraten in Berlin, die ehemals einfache Arbeiter waren, haben es einzelne schon zum mehrfachen Hausbesitz bringen können. Und wenn ein Sozialdemokrat eine große Erbschaft macht, so denkt er gar nicht daran, darauf zu verzichten, oder sie gar mit seinen Genossen zu theilen, er behält das Privateigentum ganz allein. Die Sozialdemokraten unterscheiden sich also in der praktischen Beurteilung des Privateigentums von den Bourgeois durch nichts.

Dr. Michels sieht sodann in den Streiks ein wirksames Mittel, die gegenwärtige Staats- und Wirtschaftsordnung zu beseitigen. Darum dürfe man gar nicht darnach fragen, ob ein Streik gerecht sei oder nicht. Hier komme allein die „leitende Bewegung auf das sozialdemokratische Ziel hin“ in Betracht. Darum sei jeder Streik gerecht.

Eine dummere und den um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter nachtheiliger Beweisführung von der Gerechtigkeit der Streiks ist uns bisher noch nicht vor die Augen gekommen. Was Dr. Michels sagt, ist unwahr. Die Arbeiter kämpfen um den praktischen Erfolg und nicht um die sozialistische Theorie. Da ist es wirklich bedauerlich, daß eine „Arbeiter“-Zeitung sich dazu hergibt, den Michels'schen Unfug zum Abdruck zu bringen.

Dr. Jastrow ist endlich zum außerordentlichen Professor an der Berliner Universität ernannt worden, nachdem er 20 Jahre lang Privatdozent gewesen ist. Jastrow ist Stadtrath in Charlottenburg und Syndikus der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, also ein Mann der Wissenschaft und gleichzeitig der Praxis. Große Verdienste erwarb sich Jastrow auch um die Arbeiterstatistik durch die Begründung seines „Arbeitsmarkt“.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1904.

Ortsverband Biberach.
Das abgelaufene Jahr war für den Ortsverband ein ziemlich arbeitsreiches. Die Geschäfte wurden erledigt in 4 Ausschusssitzungen, 9 kombinierten Sitzungen und 4 Versammlungen. Vorträge wurden 3 abgehalten. Im November fand zum ersten Male die Wahl der Vertreter zur hiesigen Ortskrankenkasse nach dem neuen Statut statt, die uns sehr viel Arbeit bereitete. Die hiesigen sozialdemokratischen Gewerkschaften ließen es da an Verleumdungen und Verdrehungen nicht fehlen; hauptsächlich gegen die hiesigen Führer unserer Organisation. Auch glaubten sie durch allerlei falsche Aussagen über den Verwalter und den Kontrolleur der Kasse (welch letzterer Gewerksameiner ist) und sonstige Wahlmanöver, den Sieg davonzutragen. Der Ortsverband hatte mit dem katholischen Arbeiterverein einen gemeinsamen Wahlzettel aufgestellt und erhielt unser Wahlvorschlag 477 Stimmen, der der sozialdemokratischen Gewerkschaften 289, obwohl wir gerne glauben, daß letzteren durch ihr lügenhaftes Benehmen manche Stimme zugefallen ist. Wir können, wenn auch die Mitglieder sich noch reger hätten an der Wahl beteiligen können, im Allgemeinen zufrieden sein, wurden doch von 30 Vertretern 26 und von 10 Stellvertreter 8 Gewerksameiner gewählt, die übrigen sind im katholischen Arbeiterverein; darob jetzt kolossale Verstimmung bei den Herren Sozial, weil sie 4 Jahre von der Vertretung vollständig ausgeschlossen sind. In den Vorstand der Ortskrankenkasse wurden die vier Gewerksameiner wiedergewählt; ebenso fiel die Wahl der Vertreter zur unteren Verwaltungsbehörde auf 2 Gewerksameiner.

Bergnügen wurden abgehalten: 1 Fastnacht, 1 Waldfest und 1 Weihnachtfeier. Auch besuchten wir in Gemeinschaft mit den Laupheimer Kollegen den Ortsverband Ulm in stattlicher Zahl und hat diese Zusammenkunft ihren agitatorischen Werth sicher auch nicht verfehlt. Der Ortsverband besetzt zur Zeit aus 5 Ortsvereinen und hoffen wir, daß es der in der Generalversammlung gewählten Agitationskommission gelingen möge, in aller Eile den sechsten zu gründen, zu dem die Vorarbeiten bereits getroffen sind.

Auf Kollegen, seid unablässig thätig in der Agitation für unsere gerechte Sache, zeigt Euch offen und überall als echte deutsche Gewerksameiner, besucht die Versammlungen fleißig und unterstützt Euren Ausschuss, hauptsächlich bei Krengründungen von weiteren Berufsvereinen, damit wir im neuen Jahre an Mitgliederzahl zunehmen und der gesammte Ortsverband sich recht thätig aufwärts entwickelt.

G. r. B. e. d.

Ortsverband Dortmund.

Wir sind ein einig Volk. Ein festes Band umschlingt den Ortsverband. In diesem Sinne hat auch im verfloffenen Jahre der Ortsverband in 10 Ausschusssitzungen, 10 ordentlichen und einigen öffentlichen Versammlungen seine ausgedehnten Geschäfte erledigt. Die Gewerbegerichts Wahl, die Schmähdroschüren des Metallarbeiterverbandes, der Hannoverische Verbandstag, Gründung eines Ausbreitungsverbandes und zuletzt die Bergarbeiterbewegung, gaben reichhaltigen Stoff für die meist gut besuchten Versammlungen.

Wenn auch die Gewerbegerichts Wahl nicht zu unseren Wünschen ausfiel, so haben wir doch unsere Autorität nach jeder Richtung hin zu wahren gewußt und die Lehre daraus gezogen, daß der Gewerksameinigkeit in den Kollegen noch mehr wie bisher gefestigt und vertieft werden muß. In den öffentlichen Versammlungen sprachen theils als Referenten und Diskussionsredner C. Biegler-Düffeldorf, Biegler, Westermann, Hartmann und Braun-Dortmund. Die genannte Schmähdroschüre blieb wirkungslos durch das forsche Eingreifen unseres Generalrats und die Gegenroschüre. Auch unsere rednerisch befähigten Kollegen thaten ihre Schuldigkeit. Die Herren mit ihren „verspiegelten“ Ansichten mußten sich unter einem kläglichem Glaso zurückziehen. Der Hannoverische Verbandstag, zu welchem unsere beiden Kollegen B e g l e r und H a r t m a n n entsandt waren, gaben auch reichhaltigen Stoff zu den Verbandsversammlungen in Schüren und Berne. Die vorgenannten Kollegen hatten die Referate übernommen und ernteten alle- halben regen Beifall. Der Verlauf der Gründung eines Westfälischen Ausbreitungsverbandes verursachte auch viel Arbeit, und war dieserhalb am 2. Oktober in Dortmund eine Konferenz einberufen, an welcher auch unser Redakteur, Kollege W o l f s c h m i d t Berlin, theilnahm. Leider war auch dabei zu konstatiren, daß verschiedene Beschlüsse des Verbandstages beynahe nicht und daß die westfälischen Kollegen noch nicht von der so nothwendigen Gründung eines westfälischen und leistungsfähigen Ausbreitungsverbandes überzeugt sind. Möge diese in Bälde kommen. Zugunehmen hat der Ortsverband im verfloffenen Jahr um 3 Vereine: D.-B. der Maschinenbau- und Metallarbeiter Dortmund und V. D.-B. der Graphischen Berufe und D.-B. der Frauen und Arbeiterinnen.

Das Sommerfest, welches vom Ortsverband arrangirt wurde, wozan sich sämmtliche zugehörige Ortsvereine und viele andere Ortsverbände und Ortsvereine beteiligten, verlief in schönster Weise. Das Fest bestand aus Festzug, Feste und Ball. Die Festeure unseres Beamten, Kollegen S a n g e, wurde unter großem Beifall der Anwesenden aufgenommen. Wir haben hier eine fräftige Hilfe bekommen an dem Verbandsgenossen S o n n e m a n n, Redakteur des „Dortmunder Tageblattes“, das es unter seiner Leitung verstanden hat, uns in allen Kämpfen beizustehen und unsere gute Sache wirksam zu fördern. Wir empfehlen den Kollegen, unser Organ, das „Dortmunder Tageblatt“, zu halten. Dem Kollegen Sonnemann den besten Dank für seine rege Thätigkeit. Im neuen Jahre werden wir noch mit verstärkter Energie arbeiten.

G. R o g g e n t a m p, Sekretär.

Ortsverband Stolp i. Pom.

Der Verband hat 5 Verbandsitzungen, 3 außerordentliche und 2 kombinierte Sitzungen abgehalten. Versammlungen fanden drei statt. In der zweiten Versammlung referirte der Vorsitzende über Vertikung der Sonntagarbeit im Handelsgewerbe. In der dritten Versammlung referirte der Schriftführer über Ausbreitungsverbände. Beide Referate, besonders das erste, fanden den ungetheilten Beifall der anwesenden Genossen. Ferner fand eine außerordentliche Verbandsversammlung statt behufs Stellung von Anträgen zum 15. Verbandsstage in Hannover. Außerdem hielt der Verband 2 öffentliche Gewerksameinerversammlungen ab. In der ersten war das Thema: „Protest gegen die Interpellation der 24 Stadterordneten“, worüber Herr Weg das Referat übernommen hatte. Grund zu dieser Versammlung war der Passus in der Interpellation, daß die Herren Stadterordneten unserem zweiten Bürgermeister und dem Syndikus vorwarfen, selbige Herren hätten in der letzten Stadterordnetenwahl, wobei unser Ortsverband auch Kandidaten aufgestellt hatte, ihre Stimmen für die Sozialdemokraten abgegeben. Da nun erwiesen ist, daß Herr zweiter Bürgermeister sowohl als der Herr Syndikus unsere aufgestellten Kandidaten gewählt hatten, so waren dieselben in den Augen dieser Herren Sozialdemokraten, was sich der Ortsverband natürlich nicht gefallen ließ. Es wurde ein Schreiben an das Stadterordnetenkollegium abgefaßt; ob es was geholt hat, sei dahingestellt. In der zweiten öffentlichen Gewerksameinerversammlung hielt Herr D o r n b l i t z L ü t h. Bromberg ein Referat über die Gewerksameinereine. Herr Dornblitz behandelte dies Thema so wirksam durch Eröffnung neuer Gesichtspunkte, daß er starken Beifall fand. Leider war ihm keine Gelegenheit gegeben, sich mit unseren Gegnern zu messen, da nicht ein einziger da war. Vielleicht haben wir bald wieder Gelegenheit, Herrn Dornblitz zu hören, für einen vollen Saal sorgt schon sein Name. Dem Ortsverbande gehören 10 Ortsvereine mit 576 Mitgliedern an. Da der Verband im nächsten Jahre sein 25jähriges Bestehen feiert und zu diesem Zwecke nächsten Sommer eine größere Festlichkeit geplant ist, so ist es Pflicht aller Genossen, Mitglieder zu werden, damit die Deutschen Gewerksameinereine den Einwohnern von Stolp zeigen, daß sie noch immer, trotz des Hohngeschreis unserer Gegner, eine Macht sind, mit der man rechnen muß.

So ist wiederum ein Jahr dahin, und es hat der Verband sich die reichste Mühe gegeben, nach besten Kräften seine Schuldigkeit zu thun. Hoffen wir, daß es dem neuen Ausschusse gelingt, das Vertrauen, welches in denselben gesetzt ist, zu aller Genossen Zufriedenheit und zum Vortheil unserer Organisation zu rechtfertigen. E. S a i l, Verbandschriftführer.

Gewerksameinereine = Theil.

§ Förderstedt. Der Ortsverband hatte zu Sonntag, 26. Februar, eine außerordentliche Versammlung einberufen, in welcher der Vorsitzende des Ortsverbands Magdeburg, Herr A. B e d e r, einen Vortrag hielt, über Gründung einer Gewerksameinereinezeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg und Anhalt. In einem einstündigen Vortrage führte Bedner die Nothwendigkeit einer täglich erscheinenden Zeitung an, und da es mit der vom Centralrat herauszugebenden „Freien Arbeiterpresse“ in absehbarer Zeit

wohl! Genoss... demot... seien, überal... welche... Angrif... Weise... darauf... für die... angen... tagend... Refere... daß di... fann“... die Si... daß, w... unfer... am Ei... Fabrik... Berbat... Hartm... Mann... Vinden... Wörter... rungen... rege D... reicher... Genoss... unterfi... Hartm... mit dei... verband... in em... konnte... Unterfi... halten... baldigst... Zeit zu... Mitglie... dem Ra... steht d... wenn o... verband... für Me... Wörlig... Spanb... Fabrik... Hppr... i. d. B... drei Br... den Gen... Sozial G... weibl... und G... Seine... Abhlig... Anwen... Frauen... Halle I... 4,00... Eißle... Berlin... 3,70... Dunder... Privat... feld, ge... Gamme... 191. 4... B... Aßler... III. In... C... und G... NO. 15

wohl nichts wird, so hat sich der Ortsverband Magdeburg entschlossen, eine Genossenschaftszeitung zu errichten; er betonte hauptsächlich, daß wie den Gewerkschaften nicht bloß ihre Fachorgane, sondern auch die ganze sozialdemokratische Presse zur Verfügung steht, und dadurch sie in die Höhe gehoben seien, so müßten auch die Gewerkschaften eine tägliche Zeitung haben, um überall sich zur Geltung bringen zu können. Mit dem Verbandsorgan allein, welches nur alle Woche einmal erscheint, könnten wir uns der gegnerischen Angriffe nicht genug erwehren. Dann erläuterte Redner in ausführlicher Weise, wie die zu gründende Zeitung beschaffen sein soll und empfahl in jedem Ortsverein ein Mitglied zur Redaktionskommission zu wählen. Nach der darauffolgenden sehr anregenden Debatte, in welcher sich sämtliche Redner für dieses Projekt aussprachen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute im Gasthof zum Goldenen Engel in Förderstedt tagende außerordentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und verspricht mit aller Energie dahin zu wirken, daß die geplante Zeitung so schnell wie möglich ins Leben gerufen werden kann. In seinem Schlusswort sprach der Referent seine Freude aus über die Stimmung, welche alle Anwesenden bezeugten, und ist der Hoffnung, daß, wenn es überall so ist, die Zeitung gesichert sei. Herrn Becker nochmals unseren besten Dank.

Frederich Rosemeier, Schriftführer.
Hainholz. Nach vorausgegangener Ortsvereins-Versammlung fand am Sonntag, 25. Februar, 4 1/2 Uhr Nachmittags, laut Antrag des D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Hainholz, unter reger Beteiligung eine Manderbergs-Verbands-Versammlung statt. An Stelle des Vorsitzenden leitete Genosse Hartmann die Versammlung. Nachdem der Vorsitzende Genosse Hartmann die Versammlung um 4 1/2 Uhr eröffnet hatte, erhielt Genosse Wille-Binden das Wort. Der Referent schilderte in seinem Vortrag in treffenden Worten die Lage der Bergarbeiter im Ruhrgebiet und ihre gerechten Forderungen, wofür der Redner lebhaften Beifall erzielte. Hierauf folgte eine rege Diskussion, in welcher insbesondere dem Vorsitzenden Genossen Heinicke reichlicher Beifall gezollt wurde. Genosse Heinicke forderte die versammelten Genossen auf, nach besten Kräften die streikenden Genossen im Ruhrgebiet zu unterstützen. Nach einer lebhaften Diskussion sprach der Vorsitzende Genosse Hartmann im Namen der Versammlung seinen Dank aus, und schloß dieselbe mit dem Wunsch, daß jeder Ortsverein mit gleichem Antrage an den Ortsverband herantrete, welches notwendig ist, um die Agitation zu fördern.

Fr. Böthe, Schriftführer.
Insterburg. Der D.-B. der Frauen ist seit dem 23. Januar cr. in einem Auslande. (Schuhfabrik von Heymann & Co.) Die Vorsitzende konnte in der Versammlung am 5. März konstatieren, daß trotz der geringen Unterstützung von 3 M. wöchentlich die Mitglieder treu und fest zusammenhalten und die Hoffnung nicht sinken lassen, daß der traurige Zustand sich baldigt bessern werde. Die Mitglieder benutzen die arbeits- und erwerbslose Zeit zu bestmöglicher Agitation. In demselben Falle befinden sich auch die Mitglieder des D.-B. der Schuhmacher und Lederarbeiter. In dem Kampfe um ihre Errettung stehen beide einig da, und ihnen zur Seite steht der Ortsverband mit Rath und That. Wir hoffen, daß der Sieg, wenn auch mit schweren Opfern, doch errungen werden wird. Unser Ortsverbandskassierer heißt E. Kaupfänger und wohnt Scharfrichterstr. 4.

Verbands-Zeitung.

Verband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Duender).
 8. Sammelliste*)
 für die streikenden Bergarbeiter und andere durch den Streik ausgeperrte Arbeiter.
Bauhandwerker: Augsburg M. 11,00, Gumburg 2,95, Hürtz 10,00, Görlitz 2,90, Profen 3,35, Staßfurt 4,10, Thurnau 3,20, Weissenburg 5,00, Spandau 3,00. **Tabakarbeiter:** Potsdam 15,10. **Fabrik- und Handarbeiter:** Reinstedt 41,70, Rowawes 18,50, Stolberg, Hlbr. 3,50. **Graph. Verufe:** Magdeburg 10,65, Reize 1,00, Halle gel. l. b. Buchdruckerei Wiltz. Knapp 9,00. **Kaufleute:** Berlin I 9,50, Rirsdorf, drei Freunde 1,90. **Klempner und Metallarbeiter:** Berlin VIII 8,55, Reichen 5,15, München 5,00, Berlin, Frühlich, gef. Firma Mir & Genesl, Saal Holzmontage 11,00. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Braunschweig 5,95, Plauen 12,60, Reinstedt, gef. v. b. Maschinenbauern und Fabrik- und Handarbeitern 41,70, Cotta 6,85, Breslau IV 9,10, Gr. Jischwitz 7,15, Reine (III. Rate) 16,15, Schmieberg b. Dresden 4,75, Kappelwerk Oberpree, Wiltz, Automobilfabrik 19,05, Barmen 8,80, Zeig 32,15, Weissenfels 18,10, Annen 16,50, Bochum II 18,70, Weidm, durch Kollegen gesammelt 3,85, Baugen 40,00, Göthen 25,00, Wilmheim a. Ruhr I 19,72, Pasewalk 3,60, Weiden 15,25, Elberfeld 16,50, Berlin I 9,00, Berlin VII, Berner 1,00, Halle II 0,60. **Schneider:** Dresden 5,00, Breslau I 12,00, Straßburg 4,00. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Kottheim 15,00, Witten 12,80. **Tischler:** Brandenburg 1,80, Berlin II 8,10, Pieschen 0,90, Berlin III 7,00, Berlin I, Frühlich 16,25, Berlin V 2,50, Gumburg 3,50, Dresden-Pieschen 3,70. **Löpfer:** Dresden, Freie Vereinigung der Löpfer und Ofensetzer, Hirsch-Duender 26,15. **Bergarbeiter:** Berlin 14,50. **Ortsverbände:** Kiel 69,10. **Privat:** Hartung'sche Zeitungs-Expedition in Königsberg 326,60, Ehrenfeld, gef. in b. Rennig- und Nitrinfabrik Hospelt 22,10, Hirsche? Berlin II, Sammelliste 2500 1,00. **Summa M. 1022,92.** **Beitritt quittirt M. 41 426,57.** Insgesamt M. 42 449,49.
 Berlin, 18. März 1905.

R. Klein, Verbandskassierer.
 Berichtung. In Sammelliste Nr. 4 hat Maschinenbauer — Tischler Landsberg II 9,10 M.
 In Sammelliste Nr. 6 Ortsverband Weislingen hat II. Rate — III. Rate 59,80 M.

Quittung über eingezahlte Beträge für die Verbände und Organe pro Januar und Februar 1905.
Bauhandwerker: Generalrath M. 361,96, Friedrich 2,10. **Fabrik- und Handarbeiter:** Generalrath 6215,62, Delmenhorst 4,55, Radeberg 16,10,

*) Selbstungen an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/222.

Stolberg 3,50. Graph. Verufe: Generalrath 703,50. **Kaufleute:** Berlin II 0,70. **Klempner und Metallarbeiter:** Berlin III 2,80, Biberach 0,70, Charlottenburg 0,35, Königsbrück 0,85, Queblinburg 2,80, Radeberg 2,10, Wilsbau 0,70. **Kontoren:** Berlin II 3,85, Ratibor 1,40. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Altenburg 2,10, Apolda 0,85, Barmen 0,35, Baugen 1,05, Berlin I 1,76, Berlin III 5,60, Berlin IV 3,50, Berlin VIII 0,85, Berlin X 1,05, Bernsbach 0,35, Belgard 0,70, Bremen 0,85, Buntke 0,70, Chemnitz 2,80, Göthen 0,70, Cotta 1,75, Crefeld I 2,80, Deug 0,70, Dresden I 2,45, Dresden III 2,50, Duisburg II 1,75, Düsseldorf-Oberbilk 0,70, Eberswalde 0,85, Edeles 0,85, Culau 3,50, Fürstenwalde 1,05, Geislingen 0,85, Gaarden 0,35, Halle I 3,10, Hamburg II 1,10, Hannover 1,75, Hülen 1,40, Kaiserlautern 0,85, Leipzig II 1,40, Leipzig V 1,40, Linden 3,50, Lübeck 0,35, Magdeburg 1,05, Magdeburg-Neust. 0,70, Reuz 1,40, Rrimtenau 0,85, Radeberg 3,50, Schleuditz 0,70, Schramberg 2,45, Spandau 2,85, Striegau 1,40, Warmbrunn 0,70, Wetter 1,75. **Schiffszimmerer:** Generalrath 57,04. **Schneider:** Generalrath 495,60, Göthen 0,70, Jena 0,85. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Leipzig 1,40. **Stuhlarbeiter:** Generalrath 1068,84, Finsterwalde 2,10. **Tischler:** Augsburg 3,85, Berlin I 11,95, Berlin II 0,70, Berlin V 1,50, Breslau II 0,70, Danzig 0,70, Ologau 1,40, Orlitz 0,35, Halle 0,70, Freiwaldau 0,35, Finbenau 1,40, Magdeburg 0,70, Mannheim 0,85, Rothenburg 1,40, Schleuditz 2,45, Schmölln 2,80, Spandau 2,45, Stettin I 0,70, Themar 0,85, Zerbst 1,05. **Löpfer:** Generalrath 450,30. **Klempfänger:** Danzig 6,20. **Privat:** Dorn-Münberg 3,00, Burzel-Berlin 1,25, Dabrud-Pirsdorf 0,80, Reper-Regnitz 5,00, Schilbbauer-Berlin 2,44, Kupfer-Charlottenburg 1,25, H. Müller-Berlin 2,50, Riemann-Weißkau 0,70, Spiewtowski-Berlin 1,50. **Summa M. 9531,66.** **Anserate:** Löpfer-Regnitz M. 2,90, Rudolf-Rosse-Berlin 15,96. **Summa M. 18,86.**
 Berlin, 8. März 1905.

R. Klein, Verbandskassierer.

Quittung.
 Der D.-B. der Schuhmacher (S.-D.) in Insterburg dankt für die nachstehend empfangenen Gaben für die streikenden Schuhmacher in Insterburg. Es sind eingegangen: D.-B. der Maschinenbauer Insterburg 8,05, Ortsverband Insterburg 4,00, D.-B. der Schneider Insterburg 4,10, D.-B. der Kaufleute 4,40, Eine Kassa-Sammlung 1,50, Raminiski-Thorn 6,10, Kupfer-Bofen 2,00, D.-B. der Tischler Elbing 5,00, A. Kr. Elbing 11,00, B. Blüchle-Georgenbam 20,00. **Summa 66,15 M.**
 Insterburg, 10. 3. 1905.
 E. Kaupfänger, Verbandskassierer, Scharfrichterstr. 4.

An die Ortsvereine u. Ortsverbände (S.-D.) Mittel-Schlesiens!
 Der diesjährige Bezirksstag mittelschlesischer Ortsverbände tagt gemäß dem Beschluß der vorjährigen Zusammenkunft am 26. März d. J. in Saarau.
 Die endgiltige Feststellung der Tagesordnung erfolgt durch den Bezirksstag. Einer recht zahlreichen Beteiligung der beteiligten Ortsvereine und Ortsverbände entgegensehend.
 Am Tage vorher, also am 25. März, findet eine große Gewerkschaftsversammlung statt, in welcher unser Redakteur Karl Goldschmidt-Berlin den Vortrag hält.
 Mit genossenschaftlichem Gruß
 Der Vorstand des Ortsverbandes Saarau. J. A. Rob. Gütcher.

Der Bezirksstag für Nieder- und Mittelschlesien
 findet am 26. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, im Schützenhause in Kusa 13 statt. T.-D.: 1. Prüfung der Mandate. 2. Protokoll des vorj. Bezirksstages. 3. Referat: Sind die Bezirksstage nutzbringend für die allgemeine Agitation? 4. Referat: Sind die Bezirksstages nutzbringend für die allgemeine Agitation? 5. Welche Genossen sind selbst. elegnig. Hierauf Diskussion. 6. Welchen Beizh haben die genauen Abgrenzungen der Bezirke? 7. Anträge. 8. Wahl des Vororts zum nächsten Bezirksstage.
 Die Ortsverbände resp. Ortsvereine werden gebeten, recht zahlreich ihre Vertreter zu senden.
 Am 25. öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Referat: Verbandssekretär J. Reustedt.
 J. A. G. Wollsch, Ortsverbands-Schriftführer.

Gewerkschaft der Deutschen Stuhlarbeiter (Leitzlarbeiter) und verwandter Berufsgruppen.
 An die Verbände der Ortsvereine im Königreich Sachsen.
 Am 26. März cr., Nachmittags 3 Uhr, findet in Chemnitz-Gablenz im Restaurant "Börse" (Bereinslokal der Gablenzer Kollegen) eine Bezirksversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu den wichtigsten der Agitationsfrage betreffenden Anträgen, welche unserer 12. ordentlichen Generalversammlung, Oftern d. J., in Kottbus vorliegen. Ich erwarte wegen der wichtigen Tagesordnung, daß sich alle Ortsvereine von Sachsen recht zahlreich vertreten lassen, ganz besonders sind die gewählten Abgeordneten ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen.
 Chemnitz, im März 1905. Adolf Reef, Bezirksleiter.

Süddeutscher Ausbreitungsverband.
 Protokollauszug der Vorstandssitzung
 am 6. März 1905 im Café National zu Augsburg.
 Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 7 1/2 Uhr, wobei die Kollegen Sammer und Müller fehlen. Als Gast wohnte der Sitzung Kollege Kreil-Elberfeld bei. Berichte über Versammlungen, zu welchen Referenten entsandt wurden, erhalten die Kollegen Ett über Oberhausen und Pfeffer und Reichler über Weissenburg a. S. Beifällig aufgenommen wurden die Vorträge der Redner und ist in den erstgenannten Orten dadurch eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, in dem letzteren Orte der Beitritt der Bauhandwerker Weissenburgs zum Süddeutschen Ausbreitungsverband mit 24 Mitgliedern erfolgt. — Agitationsmaterial wurde versandt: Stahl-Augsburg (Bauhandwerker) und Regger-Garburg (Fabrik- und Handarbeiter). — Kollege Ett stellt die Anfrage, ob der D.-B. Königsbrunn schon beigetreten sei, was verneint wird. Der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Schwabmünchen ersucht auf den 19. März einen Referenten und wird hierzu Kollege Ett bestimmt. Ein Einlauf von Döbingen wurde bereits vom Bureau aus erledigt. Kollege Bäcker wird nach dort entsendet. — Von dem Schreiben

Süddeutscher Ausbreitungsverband.
 Protokollauszug der Vorstandssitzung
 am 6. März 1905 im Café National zu Augsburg.
 Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 7 1/2 Uhr, wobei die Kollegen Sammer und Müller fehlen. Als Gast wohnte der Sitzung Kollege Kreil-Elberfeld bei. Berichte über Versammlungen, zu welchen Referenten entsandt wurden, erhalten die Kollegen Ett über Oberhausen und Pfeffer und Reichler über Weissenburg a. S. Beifällig aufgenommen wurden die Vorträge der Redner und ist in den erstgenannten Orten dadurch eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, in dem letzteren Orte der Beitritt der Bauhandwerker Weissenburgs zum Süddeutschen Ausbreitungsverband mit 24 Mitgliedern erfolgt. — Agitationsmaterial wurde versandt: Stahl-Augsburg (Bauhandwerker) und Regger-Garburg (Fabrik- und Handarbeiter). — Kollege Ett stellt die Anfrage, ob der D.-B. Königsbrunn schon beigetreten sei, was verneint wird. Der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Schwabmünchen ersucht auf den 19. März einen Referenten und wird hierzu Kollege Ett bestimmt. Ein Einlauf von Döbingen wurde bereits vom Bureau aus erledigt. Kollege Bäcker wird nach dort entsendet. — Von dem Schreiben

Süddeutscher Ausbreitungsverband.
 Protokollauszug der Vorstandssitzung
 am 6. März 1905 im Café National zu Augsburg.
 Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 7 1/2 Uhr, wobei die Kollegen Sammer und Müller fehlen. Als Gast wohnte der Sitzung Kollege Kreil-Elberfeld bei. Berichte über Versammlungen, zu welchen Referenten entsandt wurden, erhalten die Kollegen Ett über Oberhausen und Pfeffer und Reichler über Weissenburg a. S. Beifällig aufgenommen wurden die Vorträge der Redner und ist in den erstgenannten Orten dadurch eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, in dem letzteren Orte der Beitritt der Bauhandwerker Weissenburgs zum Süddeutschen Ausbreitungsverband mit 24 Mitgliedern erfolgt. — Agitationsmaterial wurde versandt: Stahl-Augsburg (Bauhandwerker) und Regger-Garburg (Fabrik- und Handarbeiter). — Kollege Ett stellt die Anfrage, ob der D.-B. Königsbrunn schon beigetreten sei, was verneint wird. Der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Schwabmünchen ersucht auf den 19. März einen Referenten und wird hierzu Kollege Ett bestimmt. Ein Einlauf von Döbingen wurde bereits vom Bureau aus erledigt. Kollege Bäcker wird nach dort entsendet. — Von dem Schreiben

Süddeutscher Ausbreitungsverband.
 Protokollauszug der Vorstandssitzung
 am 6. März 1905 im Café National zu Augsburg.
 Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 7 1/2 Uhr, wobei die Kollegen Sammer und Müller fehlen. Als Gast wohnte der Sitzung Kollege Kreil-Elberfeld bei. Berichte über Versammlungen, zu welchen Referenten entsandt wurden, erhalten die Kollegen Ett über Oberhausen und Pfeffer und Reichler über Weissenburg a. S. Beifällig aufgenommen wurden die Vorträge der Redner und ist in den erstgenannten Orten dadurch eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, in dem letzteren Orte der Beitritt der Bauhandwerker Weissenburgs zum Süddeutschen Ausbreitungsverband mit 24 Mitgliedern erfolgt. — Agitationsmaterial wurde versandt: Stahl-Augsburg (Bauhandwerker) und Regger-Garburg (Fabrik- und Handarbeiter). — Kollege Ett stellt die Anfrage, ob der D.-B. Königsbrunn schon beigetreten sei, was verneint wird. Der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Schwabmünchen ersucht auf den 19. März einen Referenten und wird hierzu Kollege Ett bestimmt. Ein Einlauf von Döbingen wurde bereits vom Bureau aus erledigt. Kollege Bäcker wird nach dort entsendet. — Von dem Schreiben

Süddeutscher Ausbreitungsverband.
 Protokollauszug der Vorstandssitzung
 am 6. März 1905 im Café National zu Augsburg.
 Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 7 1/2 Uhr, wobei die Kollegen Sammer und Müller fehlen. Als Gast wohnte der Sitzung Kollege Kreil-Elberfeld bei. Berichte über Versammlungen, zu welchen Referenten entsandt wurden, erhalten die Kollegen Ett über Oberhausen und Pfeffer und Reichler über Weissenburg a. S. Beifällig aufgenommen wurden die Vorträge der Redner und ist in den erstgenannten Orten dadurch eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, in dem letzteren Orte der Beitritt der Bauhandwerker Weissenburgs zum Süddeutschen Ausbreitungsverband mit 24 Mitgliedern erfolgt. — Agitationsmaterial wurde versandt: Stahl-Augsburg (Bauhandwerker) und Regger-Garburg (Fabrik- und Handarbeiter). — Kollege Ett stellt die Anfrage, ob der D.-B. Königsbrunn schon beigetreten sei, was verneint wird. Der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Schwabmünchen ersucht auf den 19. März einen Referenten und wird hierzu Kollege Ett bestimmt. Ein Einlauf von Döbingen wurde bereits vom Bureau aus erledigt. Kollege Bäcker wird nach dort entsendet. — Von dem Schreiben

Süddeutscher Ausbreitungsverband.
 Protokollauszug der Vorstandssitzung
 am 6. März 1905 im Café National zu Augsburg.
 Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 7 1/2 Uhr, wobei die Kollegen Sammer und Müller fehlen. Als Gast wohnte der Sitzung Kollege Kreil-Elberfeld bei. Berichte über Versammlungen, zu welchen Referenten entsandt wurden, erhalten die Kollegen Ett über Oberhausen und Pfeffer und Reichler über Weissenburg a. S. Beifällig aufgenommen wurden die Vorträge der Redner und ist in den erstgenannten Orten dadurch eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen, in dem letzteren Orte der Beitritt der Bauhandwerker Weissenburgs zum Süddeutschen Ausbreitungsverband mit 24 Mitgliedern erfolgt. — Agitationsmaterial wurde versandt: Stahl-Augsburg (Bauhandwerker) und Regger-Garburg (Fabrik- und Handarbeiter). — Kollege Ett stellt die Anfrage, ob der D.-B. Königsbrunn schon beigetreten sei, was verneint wird. Der D.-B. der Fabrik- und Handarbeiter Schwabmünchen ersucht auf den 19. März einen Referenten und wird hierzu Kollege Ett bestimmt. Ein Einlauf von Döbingen wurde bereits vom Bureau aus erledigt. Kollege Bäcker wird nach dort entsendet. — Von dem Schreiben

der Maler-München betr. Entsendung eines Redners im Monat Mai wird Kenntnis genommen und zugestimmt. Dem D.-V. der Fabrik- und Handarbeiter Lechhausen wird Kollege Bleicher seinem Gesuch gemäß entsprechen. Beim nächsten Punkt „Delegiertentag“ weist zunächst der Vorsitzende auf den bereits erfolgten Aufruf in der „Wacht“ hin. — Der Tätigkeitsbericht soll mit Ausnahme einiger Ergänzungen den dort anwesenden und vertretenen Vereinen gedruckt vorgelegt werden, um so Zeit zu anderen wichtigen Punkten zu gewinnen. Betreffs Uebernahme der „Wacht“ ist bereits an das Ortsverbandsbureau ein Schreiben gesandt und wird es erst möglich sein, eine Vorlage auszuarbeiten, wenn von dort Antwort erfolgt ist. — Zugleich soll der Centralrathe ersucht werden, zum Delegiertentag eine Vertretung zu entsenden. Ferner wird betont, alle Agitationsleiter als auch Vereine Süddeutschlands zum Delegiertentag einzuladen und wird der Schriftführer hiermit beauftragt. Betreffend Zurücksendung der Fragebogen sind und sollen die noch fehlenden Ortsvereine aufgefordert werden. Der Kassier theilt mit, daß er selbst am Erscheinen in Biberach verhindert ist durch den Delegiertentag seines Gewerkevereins und wird beschließen, dafür Ersatz zu stellen, worauf der Vorsitzende die Sitzung um 9/10 Uhr schließt.

M. Zenz, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.) Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2—10 1/2 Uhr im Verbandshause der Deutschen Gewerkevereine, NO, Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. — **Sängerchor der Deutschen Gewerkevereine (S.-D.)** Jeden Donnerstag, Ab. 9—11 Uhr Übungsstunde im Verbandshause der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 18. März. Maschinenbau- und Metallarbeiter IV.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Meyer, Teltowerstr. 3. Vortrag des Herrn Ernst. Vorführung lebender Photographien. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter V.** Ab. 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 4a, Vert. mit Damen. Vortrag des Kollegen Timm: Ergebnisse in der Türkei. Monatsbericht. Antrag Marx u. A. m. — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr im Verbandshaus. — **L.D.: Mittelungen.** Vortrag des Generalsekretärs G. Hartmann. Verschiedenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Klavon. L.D. daf. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XI.** — Ab. 8 1/2 Uhr bei Pluge, Birkenstr. 58. Vorstandswahl. Besprechung über Sozialzuschlag. Anschließ. a. d. Kombiniten. — **Fabrik- und Handarbeiter IV.** Vert. bei Pösch, Hüfenerstr. 34. L.D.: Vortrag des Agitationsleiters Brede: „Der Gewerkeverein und seine Gegner.“

Fabrik- und Handarbeiter VIII. Ab. 8 1/2 Uhr bei Mann, Michaelkirchstr. 24. L.D.: Protokoll. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Kollegen Rudrausch über „Innere Agitation“. Verschiedenes. — **Klempner- und Metallarbeiter V.** Ab. 9 Uhr bei Schwig, Linienstr. 72. — **Stahl- (Textil-)Arbeiter.** Ab. 8 1/2 Uhr, Restaurant Kienitz, Gr. Frankfurterstr. 133. L.D.: Generalrathe's Protokoll Bericht über eine Bezirkskonferenz in Kottbus. Referent Kollege Rinde. Ausgabe der Eintrittskarten zum Stiftungsfest.

Charlottenburg. Maschinenbauer. Sonnabend, 18. März, Ab. 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Bodrich, Spreestr. 13. Anträge zum Delegiertentag. — **Nicklingen. Fabrik- und Handarbeiter.** Sonntag, 19. März, Ab. 7 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. L.D. dafelbst. — **Erfordia. Maschinenbau- und Metallarbeiter (S.-D.).** Sonntag, 19. März, Nachm. 4 Uhr, Bezirksversammlung des 10. Bezirks, Restaurant Bagels, Gde Gas- und Kömerstr. N. Glabbach. — **Hildorf. Klempner u. Metallarbeiter.** Sonnabend, 25. März, Ab. 8 1/2 Uhr bei Gräpler, Bergstr. 147, Versammlung. — **Gera. Graph. Verne und Maler.** Sonnabend, 25. März, Ab. 8 1/2 Uhr, Versammlung im Burgkeller, Schützengasse. — **Hasppe. Fabrik- u. Handarbeiter.** Sonntag, 9. April, im Brinker'schen Lokal Verbandversammlung. Am Sonntag, 2. April, Generalversammlung im Hülfsbeck'schen Lokal.

Orts- und Medizinalverbände.

Lauban (Ortsverband). Sonnabend, 18. März, Monatsversammlung. — **Schwerte (Ortsverband)** Sonntag, 19. März, Nachmittags 3 Uhr, Vertreterversammlung bei Witwe Dickmann, Schwerte, Mühlentstr. 8. — **Mühlheim (Nähr) (Ortsverband).** Sonntag, 19. März, Vorm. 11 Uhr, Drei Kaiserfaal, Charlottenstr. — **Krefeld und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 26. März, im Lokale des Herrn Hubert Klausmann in Dypum am Bahnhof. Nachm. 5 Uhr Vertreterversammlung, 1/26 Uhr Ortsverbandversammlung. Referent: Paul Ziegler-Düffelhof. L.D.: 1. „Unternehmertum und Arbeiter“; 2. Diskussion; 3. Verschiedenes. — **Reggen (Ortsverband für das obere Ennegebiet).** Sonntag, 2. April, Nachm. 1 1/2 Uhr, Ausschussung. Um 4 Uhr, öffentl. Ortsverbandversammlung, bei Bollmeier in Attendorn. L.D.: Tätigkeitsbericht pro 1904. Vortrag: Der Gewerkearbeitsstreik und was lernen wir aus demselben? Referent: Kollege Edes-Reggen.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Sommerfeld. (Schneider.) R. Zimmer, Bahnhofstr. 6.

Anzeigen=Zheil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter zu Neuendorf.

Am Sonnabend, den 25. März d. J., feiert der Verein in den Räumen des Herrn Klemm, Germania-Saal, Nowawes, Wilhelmstr., sein — **4. Stiftungsfest** — bestehend in Konzert, Theater und Ball. Anfang präzis 8 1/2 Uhr Abends. Kollegen und Freunde unserer guten Sache herzlich willkommen. Der Ausschuss.

Central-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine

(Hirsch-Dunder)

und Herbergsverkehr befindet sich jetzt im Verbandshause, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. Fernsprecher Amt VII, 4720. Vermittlung kostenlos. Karten für freies Logis und Morgens Kaffee bei allen Ortsvereinskassieren Berlins. Zureisende aus Berufen, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23.



Vereins-Abzeichen

empfiehlt Wilhelm Kistermann, Stuttgart, Tübingerstr. 109

Schneiderlehrling

sucht zum 1. April Albert Cuen, Schneidermeister, Fort i. L., Obenerstr. 6 II.

Färbenwalde (Ortsverband). Besprechungskarten sind bei jedem Ortsvereinskassierer zu haben.

Wachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1 M. Unterstützung b. Ortsverbandskassierer Jos. Handlshuhammer, Jülicherstr. 35.

Orts-Verein der Maschinenbau- u. Metallarbeiter zu Neuendorf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß laut Beschluß Krankengeld nur noch Sonntag, Vormittags von 9 bis 12 Uhr, gezahlt wird. Der Ausschuss.

Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine Union-Festsäle

Carl Berndt, Greifswalderstr. 221/23.

Meine Festsäle stehen den geehrten Vereinen von Ostern ab auch Sonntags zur Verfügung.

Mit Gewerkevereinsgruss Carl Berndt.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: **Bestschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Gahn und Karl Goldschmidt.** Preis 10 Pfg. **Verbandstagsprotokoll von Hannover.** Preis 50 Pfg. **Reichsgesetz zum Gewerbevertragsgesetz** von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg. **Begleitheft zum Unfallversicherungsgesetz** von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg. **Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich** von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg. **Fragebuchslein zum Invaliden-Versicherungsgesetz** von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg. **Rupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch** 160x280 mm. Preis 50 Pfg. **Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine.** — Bestschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark. **Volks-Wirtschaftslehre** von Dr. C. S. Fuchs. Preis 80 Pfg. **Tätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerkevereine** (Hirsch-Dunder). Bericht an den Verbandstag von Karl Goldschmidt. Gratis. **Arbeiterschutz in der Heimarbeit.** 2 Referate von E. Winter. Berlin und E. Berndt. Dresden. Gratis. **Die Einführung von Arbeitstammern in Deutschland.** 2 Referate von Karl Goldschmidt. Berlin und Johann Dornblüth. Bromberg. Gratis. **Tarifverträge und Koalitionsfreiheit.** 2 Referate von Karl Gahn. Burg und J. D. Käfer. Nürnberg. Gratis. **Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitsstag, vom Standpunkte der Deutschen Gewerkevereine** von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pfg. **Die Deutschen Gewerkevereine, die Besserung der Arbeitsverhältnisse u. die Sozialpolitik** von Dr. Max Hirsch. Gratis. **Muster zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung** (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg. Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen. Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23. **Das Bureau des Centralrathe.** Rudolf Klein.